AUGE UG
Alternative, Grüne und Unabhängige
GewerkschafterInnen OÖ

Auf sicherem Grund

Impulse und Ideen zu Grundsicherung und Grundeinkommen

AUGE/UG Oberösterreich
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel: 0664 / 738 656 62 **Web:** auge-ooe.at
E-Mail: office@auge-ooe.at

Impressum: Hg: AUGE/UG OÖ. 4040 Linz / ZVR 706630453 / Offenlegung: auge-ooe.at / Lektorat: Ursula Hirtl / Layout und Druck: gplus.at / Fotos: Bilderbox.at, privat / AUGE/UG OÖ bedankt sich sehr herzlich bei Gerhard Haderer für die Bereitstellung der Illustration am Plakat. Auflage: 2.000 / Stand: Oktober 2021

Inhalt

Vorwort und Einleitung	Martin Gstöttner	Seite 04
Was ist Arbeit und wie viel ist sie wert?	Helmo Pape	Seite 06
Die soziale Hängematte ist ein Mythos!	Karl Anton Immervoll	Seite 09
Annäherungen an ein Grundeinkommen in der Geschichte	Johanna Tschautscher	Seite 11
Bedingungsloses Grundeinkommen als Menschenrecht	Paul J. Ettl	Seite 14
Mehr Sicherheit! Mehr Freiheit!	Margit Appel	Seite 16
Wege aus der Altersarmut	Doris Eisenriegler	Seite 19
Plädoyer für einen visionären Realismus – die Grüne Grundsicherung	Markus Koza	Seite 21
Grundeinkommen, Grundsicherung, Jobgarantie – was ist der Unterschied?	Helmo Pape	Seite 24
Was hat Covid mit dem Grundeinkommen zu tun?	Bernhard Seeber	Seite 27
Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE): Utopie oder realistische Alternative?	Friedrich Schneider und Elisabeth Dreer	Seite 29
Den Sozialstaat weiter entwickeln – Evolution statt Revolution	Ernst Sperl	Seite 36
Das Geld ist da. Eine Finanzierung ist möglich.	Johanna Tschautscher	Seite 37
Die psychische Dimension eines BGE	Heidrun Ziegler	Seite 41
Inspirationen		
Links und Infos		Seite 45
Lesetipps und Filmtipps		Seite 47
„Warum ist Dir ein Grundeinkommen oder eine Grundsicherung wichtig?“		Seite 48
Plakat Modellvergleich		Seite 50

Liebe Leser*innen!

Ist Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen eine Illusion?

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Leben heißt für mich, selbstbestimmt zu sein und in Freiheit Entscheidungen treffen zu können.
Sich der Endlichkeit des Lebens bewusst zu sein, ist nicht die Stärke unserer Gesellschaft. Wir leben in den Zwängen eines auf Gewinn und harten Verhandlungen für faire Löhne aufgebauten neoliberalen Systems.

Die Grundlagen für Rechte und Würde sind sehr ungleich verteilt. Viele Menschen arbeiten in Österreich 50 Jahre lang für wenig Geld und noch weniger Pension, andere erhalten das x-Fache der durchschnittlichen Einkommen in Form schwindelerregender Millionengehälter, davon besteht oft die Hälfte aus „variablen Komponenten“, besser bekannt als Bonuszahlungen. Vermögen bildet sich heute immer noch an erster Stelle durch Erbschaften.

Vielleicht ist auch in Ihnen schon einmal ein Gefühl der Fassungslosigkeit entstanden angesichts der ausbeuterischen Bedingungen, unter denen zum Teil Erwerbsarbeit geleistet wird. Fassungslosigkeit, da tausende Menschen für niedrigste Löhne arbeiten und dann später eine „Altersarmuts-Pension“ erhalten. Mich überkommt eine Beklemmung, die mich tief im Herzen berührt, ja sogar wütend macht.

Ist karges Einkommen trotz Vollzeitjob, das beschämenderweise als „Verdienst“ bezeichnet wird, ein von Gott gegebenes Gesetz? Hunderttausende Arbeitsuchende werden aus unserer angeblich hochentwickelten Gesellschaft gedrängt, während in der westlichen Zivilisation immer mehr Superreiche und lasche politische Entscheidungen für die soziale und humanistische Schieflage verantwortlich sind.

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte führt eine Reihe an Würden und Rechten an, mit denen wir uns in dieser Broschüre zusammen mit geladenen Autor*innen befassen. **Was alle Beteiligten eint, ist das Bewusstsein über die Notwendigkeit tiefgreifender, gesellschaftlicher und politischer Änderungen, damit alle Menschen finanziell „auf sicherem Grund“ leben können.**

Ich danke meiner außerordentlich engagierten Büroleiterin Renate Dobler, der das Thema persönlich wichtig ist, ich danke verschiedenen NGOs und herausragenden, ambitionierten Expert*innen, welche mich in meiner Überzeugung stärkten, dass es durchaus Ideen, Umsetzungsformen, Modelle und Möglichkeiten für eine gerechtere Gesellschaft - ein gutes Leben für ALLE - geben kann und geben muss!

Ein Grundeinkommen, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Form von Grundsicherung stellen Wege hin zu einer gerechteren und schöneren Welt dar. Mit dieser Broschüre bieten wir Informationen an und möchten wir die Diskussion befeuern, welches Modell unsere Gesellschaft wählen soll, um gut ans Ziel zu kommen. Die Auswirkungen von COVID auf den Arbeitsmarkt haben die Dringlichkeit der Umsetzung eines neuen Gesellschaftsmodells noch deutlicher gemacht.

Ich bin überzeugt, dass die in dieser Broschüre veröffentlichten unterschiedlichen Zugänge genauso wenig eine gesellschaftliche „Hängemattenmoral“ hervorrufen werden, wie überbordende Arbeitszeiten mit immensen Überstunden einen Menschen fleißiger machen.

Herzliche Grüße

MARTIN GSTÖTTNER
*OÖ Landessprecher und Stv. Bundessprecher Alternative, Grüne und unabhängige Gewerkschafter*innen (AUGE/UG)*

„Ein Grundeinkommen, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Form von Grundsicherung stellen Wege hin zu einer gerechteren und schöneren Welt dar.“

Martin Gstöttner
Landessprecher der AUGE/UG OÖ, Stv. Bundessprecher der AUGE/UG, AK-Fraktionsvorsitzender in OÖ, Vorstandsmitglied der AK OÖ, Vorstandsmitglied PRO GE OÖ und Vorstandsmitglied ÖGB OÖ, Laienrichter am OLG, Stv. Betriebsratsvorsitzender und BVP-Vorsitzender bei Plasser & Theurer

Was ist Arbeit und wie viel ist sie wert?

Vom Verein Generation Grundeinkommen schreibt Helmo Pape für die AUGE Broschüre

Eine Chefin fragt die Abteilungsleiterin: „Arbeitet dein Mann eigentlich schon wieder oder ist er noch daheim bei den Kindern?“ Was irritiert uns hier mehr: das „verdrehte“ Rollenbild oder der Arbeitsbegriff? Ja, Männer bleiben selten bei den Kindern und ja, wir erkennen noch heute Arbeit nicht als echte Arbeit an, wenn dafür kein Geld fließt. Dies zeigt sich darin, wie wir das Wort „Arbeitslosigkeit“ verwenden. Wir meinen mit „arbeitslos“ nicht, dass Menschen nichts tun, sondern, dass sie dafür nichts bezahlt bekommen.

Was also ist Arbeit? Ist Arbeit Tätigkeit, wird deutlich, dass wir praktisch permanent arbeiten: körperlich, geistig, kreativ und emotional. Wir vom Verein Generation Grundeinkommen haben fünf Arten der Arbeit gefunden:

ARBEIT AN MIR SELSBT

Jede Aneignung, Verbesserung oder Wiedererlangung von Fähigkeiten ist nichts anderes als Arbeit an uns selbst. Wir arbeiten also, indem wir lernen, üben, probieren und etwas wagen: denn manchmal verletzen wir uns oder andere dabei. Es braucht also Pausen, in denen wir heilen und das Erlebte verarbeiten. Beides ist für unser Wachstum absolut notwendig. Niemand kann ohne Schlaf bzw. regelmäßige Entspannung gesund bleiben. Das Achten auf sich selbst ist – richtig: Arbeit!

Ziel: man selbst - Preis: unbezahlt - Wert: unbezahlbar

CAREARBEIT

Wörtlich „Sorge-“ oder Pflegearbeit meint die Betreuung bzw. das Umsorgen von Kindern, Verwandten, Tieren und Pflanzen, für die man Verantwortung trägt. Diese Arbeit erfordert zwar weniger Schweiß als die Arbeit am Hochofen, braucht aber die Fähigkeit, sich in die Lage anderer Lebewesen zu versetzen und deren Bedürfnisse zu erspüren. Wahre Meister*innen der Carearbeit geben das Gefühl, sicher versorgt und dennoch frei in der eigenen Entwicklung zu sein. Es ist Arbeit, die mit Geburt und Tod, also den schönsten und den schwersten Seiten des Lebens, einhergeht und von Automatisierung nie bedroht sein wird, weil wir hier mit Mitgefühl, Fehlbarkeit und Humor – kurz mit unserer Menschlichkeit arbeiten.

Ziel: das engste Umfeld - Preis: unbezahlt - Wert: unbezahlbar

EHRENAMT

Das ist die Arbeit, wo freier und williger Einsatz gefordert ist – kurz Freiwilligenarbeit. Sie widmet sich Menschen, Tieren und Pflanzen, für die wir nicht persönlich, aber gesellschaftlich verantwortlich sind. Wir alle kennen Freiwillige, die in Rettungsorganisationen, Vereinen, Parteien und

Initiativen arbeiten. Wir schätzen das gesellschaftliche Engagement für Gesundheit, Klima, Medien, Bildung oder auch für Schönheit, gute Laune, Würde und so vielem mehr! Unser Land funktioniert nur deshalb, weil Millionen Menschen jedes Jahr Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit in ihr Umfeld investieren.

Ziel: das erweiterte Umfeld - Preis: unbezahlt - Wert: unbezahlbar

ERWERBSARBEIT

Endlich richtige Arbeit, oder? Erwerbstätigkeit bedeutet im Idealfall, dass man mit dem, was man gerne tut, genug verdient. Doch ist „Verdienen“ das richtige Wort? Haben wir nicht alle dasselbe verdient – nämlich gut zu leben und glücklich zu sein? Wir sind uns wohl alle einig, dass es das Größte ist, wenn man für das, was man gerne tut und wofür man ohnehin brennt, auch noch Geld bekommt! Denn wer nennt Tätigkeiten, die Spaß machen und erfüllend sind, „Arbeit“? Und wer hört mit dem, was man gerne tut, auf, bloß weil sich kein Geld damit erzielen lässt!

Trotzdem meint Erwerbsarbeit heute oft Abhängigkeit und Fremdbestimmung. Dies gilt auch für die vermeintlich freien Selbstständigen, die im Wettkampf um ihr monatliches Einkommen stehen. Wir suchen leider zu oft Arbeit, um ein Einkommen zu erzielen und nicht, um Erfüllung zu finden. Wir arbeiten heute zu oft aus den falschen Gründen, das tut uns und unserer Erde nicht gut. Das Grundeinkommen fragt hingegen: Was würdest du tun, wenn für dein Einkommen bereits gesorgt wäre?

Ziel: das größtmögliche Umfeld - Preis: bezahlte Stunden - Wert: unbezahlbar.

DIE UNGETANE ARBEIT

Sie ist, was noch getan werden muss! Sie ist die Veränderung? Wir alle kennen den Gedanken: „Das müsste endlich mal gemacht werden!“ Aber niemand tut´s! Arbeit, die heute nicht gemacht wird, obwohl sie sehr wichtig wäre, das ist die ungetane Arbeit. Sie ist der größte Wachstumsfaktor für die Zukunft, den wir uns vorstellen können. Sie stellt aber auch die derzeit größte Frage an unser System von bezahlter Arbeit. Könnten wir die wichtige, doch ungetane Arbeit nicht besser schaffen, wenn wir ein Einkommen hätten? Wäre diese Arbeit erfüllender, sinnvoller, als unsere heutige Tätigkeit? Viele gehen heute noch einer Erwerbsarbeit nach, die zerstörerisch ist – doch die Natur klagt stumm: „Ändert Euch!“ Kinderaugen fragen uns: „Was wollt ihr?“ Sinnvolle Arbeit gibt es genug, doch leisten muss man sie sich können. Deshalb fordern wir ein Grundeinkommen für alle, um loslegen zu können und zusätzlich die Möglichkeit für Erwerbseinkommen, wenn die Arbeit wertgeschätzt wird. Das Grundeinkommen ist eine

Helmo Pape
Ich war in meinem Leben schon Tischler, Bautechniker, Devisenhändler in einer Bank, pflegender Angehöriger und auch erwerbsarbeitslos. Zu tun war immer genug, aber von seiner Arbeit leben zu können, ist heute ein Glücksfall. Mit Grundeinkommen kann man leichter arbeiten. Es bringt Sicherheit, ergänzt durch Freiheit. Dafür setze ich mich als Obmann der Generation Grundeinkommen ein.

➔

Initiative FÜR Arbeit. Mit einem Einkommen, das nicht mehr verloren gehen kann, werde ICH erfüllende Arbeit finden, die von MIR getan werden muss, weil sie für mich persönlich Sinn ergibt und für die ich von anderen wertgeschätzt werde.

Ziel: Potenzialentfaltung - Preis:
unsere Zeit - Wert: Erfüllung

WAS ABER IST ARBEIT WERT?

Bezahlen kann ich, was ich bewerten kann. Das klappt für Produkte ganz gut: ein Kilo Mehl, ein Kubikmeter Sand, usw. Bei Dienstleistungen wird es schwieriger: Ein Haarschnitt kann „Wow“ oder „Okay“ aussehen, und zwei Besuche im selben Lokal können einmal ewig erinnerlich und ein andermal schnell vergessen sein. Jetzt wird es noch diffiziler: Wie messe ich den Wert der Leistung einer Ärztin? Wie könnte die Arbeit einer Richterin beurteilt werden? Hier helfen Stundenaufzeichnungen, Stückzahlen oder Diplome nicht viel. Doch nur, was ich bewerten kann, kann ich auch bezahlen. Wie soll das mit der Bezahlung objektiv werden, wenn die Bewertung schon nicht objektiv klappt? Ist gar die grundsätzliche Annahme, dass Arbeit mit Geld bezahlt werden kann, am Ende zweifelhaft?

Da ich geleistete Arbeit nie wirklich bewerten, sondern nur Wert-schätzen kann, wird die Bezahlung unmöglich! Geld für geleistete Arbeit wäre dann keine Abrechnung der Arbeit mehr, sondern die Voraussetzung, die Arbeit fortsetzen zu können. Wie bitte? Genau andersrum ist es in jeder Firma: Wir fangen an, arbeiten Wochen ohne Geld, müssen aber in dieser Zeit unsere Rechnungen begleichen. Am nächsten Monatsanfang kommt das Geld, das wir vorher ausgegeben haben, zurück. Wie wäre das, wenn wir gesund und arbeitswillig wären, aber kein Geld hätten? Wir könnten in Österreich gar nicht arbeiten, richtig?

Wir alle brauchen also ein Mindestmaß an Geld, an Vorschuss, an Vertrauen, um überhaupt mit der Arbeit beginnen zu können. Denn wenn ich nichts habe, kann ich nicht für andere arbeiten, sondern muss auf mich schauen. Erst Einkommen macht Arbeit möglich. Wer im Grundeinkommen nur Geld sieht, sieht in einer Stradivari nur Brennholz. Menschliche Arbeit ist grundsätzlich unbezahlbar, weil ich sie nicht vom Menschen, seiner Lebenszeit, seinen Ideen und Fähigkeiten trennen kann! Menschen soll niemand mehr kaufen können! Trotzdem braucht es die Möglichkeit, sich einzubringen, daher ist Grundeinkommen nie Bezahlung, sondern Voraussetzung von Arbeit! Mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen wird Arbeit nicht schlechter, sondern besser erledigt werden können.

Wir haben den Traum, dass Menschen sich frei fühlen und Freude am Schaffen und Umsorgen haben, weil ihre Lebensgrundlage garantiert ist. Mit Sicherheit zu Freiheit und Menschlichkeit. Das Schöne dabei: es ist sofort machbar. Wir müssen nur wollen.

Bedingungsloses Grundeinkommen ist der wirtschaftliche Ausdruck von bedingungsloser Liebe.

Helmo Pape

Die soziale Hängematte ist ein Mythos!

Erfahrungen aus einem Grundeinkommensprojekt der Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel von Karl Anton Immervoll

Zwischen April 2017 und Jahresende 2018 hatten 44 von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Frauen und Männer aus Heidenreichstein die Möglichkeit, an einem Experiment teilzunehmen. Grundlage unseres Versuchs-Projektes: Jeder Mensch hat einmalige Fähigkeiten, auf die die Gesellschaft nicht verzichten kann.

Der Ursprung dieser Idee kam aus einem Satz eines Freundes: „Es wird Zeit, in Österreich etwas mit Grundeinkommen zu probieren!“ Ich erzählte ihm sofort von Werner, dem Schriftsteller, der allerdings davon nicht leben konnte und in der Bibliothek mitarbeitete. Ich sprach von Andrea, die in einer geschützten Werkstätte half, dort Erfahrungen sammelte, da sie die Pflege einer jungen Frau mit Behinderung übernommen hatte. Mir fiel Franz ein, der Fußballfan, der freiwillig als Platzwart mithalf. Auch Martin und Lisa hatten in unserer Gegend eine Geschichte, die zu unserem Experiment passte: Eine von uns geleitete AMS-Maßnahme, in der ausgewählte Personen sechs Monate tun konnten, was ihnen wirklich ein Anliegen war.

2017 gingen wir einen Schritt weiter. Die Teilnehmer*innen waren für zwanzig Monate von der Vermittlung ausgenommen. Das bedeutete: keine Wege zum AMS, keine Bewerbungen, keine Sorge um den Bezug. Uns war klar, bedingungsloses Grundeinkommen ist das noch nicht, aber wir dachten pragmatisch: In Österreich kommt nur das AMS für eine Annäherung an ein Grundeinkommen in Frage.

Die Voraussetzung für die Teilnahme an unserem Projekt lag in der Absicht der Beteiligten, „eigene Fähigkeiten weiterzuentwickeln und mit anderen zu teilen“. So definieren wir Arbeit. Vermittlungsabsicht gab es nicht!

Viele wuchsen in die von uns gegebene Freiheit zögerlich, aber stetig hinein. Werner, der Schriftsteller, war froh, denn ein Grundeinkommen hatte er sich schon immer gewünscht. Michaela, eine Alleinerzieherin, hatte nun Ruhe, sich um ihre Kinder und den schwerkranken Nachbarn zu kümmern. Bertl, der lange in einem Burnout war, sah die einmalige Gelegenheit, eine Motorradwerkstätte aufzubauen. Irene fragte mehrmals, wer ihr denn jetzt eine Arbeit anschaffen würde. Es dauerte mehrere Monate, bis ihr klar wurde: „Da will niemand etwas von mir.“ Niemand sagte ihr, das ist gut oder schlecht. Niemand erwartete etwas Bestimmtes von ihr. Was immer sie tat oder nicht tat, erledigte sie um ihrer selbst willen.

WUNDERSAME DINGE GESCHAHEN.

Die Masken konnten fallen, Verletzlichkeit trat zu Tage und „durfte sein“. Die Teilnehmer*innen fühlten ihre Verwundbarkeiten und zeigten sie. Diese Offenheit machte Neues möglich. Hilfe wurde

➔

Karl Anton Immervoll
*Theologe, Schuhmacher und Musiker, bis 2020 Betriebsseelsorger im Oberen Waldviertel, seit 2021 Bundesseelsorger der Kath. Arbeitnehmer*innenbewegung Österreichs (KABÖ)*

Literatur:

Dimmel, Nikolaus / Immervoll, Karl / Schandl, Franz: Sinnvoll tätig sein. Wirkungen eines Grundeinkommens. ÖGB-Verlag 2019

angeboten und in Anspruch genommen, Freundschaften wurden geschlossen, Interessensgruppen gebildet, neue Arbeit entwickelt. Die Grundlagen unseres Experiments hatten Druck aus dem Alltag genommen. Anstelle dessen zeigten wir Wertschätzung und Anerkennung. Wir setzten Akzente, ohne dabei aufdringlich zu sein: Turnen für die Wirbelsäule, Erste-Hilfe-Kurse, Vortrag einer Psychologin, Gespräch mit der Schuldenberatung, Information über gewerbliche Tätigkeiten, industriegeschichtlicher Rundgang durch die Stadt, Kultur, Blick auf die eigene Biografie.

Monatlich trafen wir uns zum Plenum. Alle hatten ein Tagebuch. Kontrolle gab es nicht. Nach einiger Zeit entstand Vertrauen. Wir lernten einander kennen und schätzen. Niemand lag auf der sogenannten „faulen Haut“. Alle erkannten ihre Aufgaben: Zeit mit Kindern verbringen, Alte pflegen, Nachbar*innen versorgen, im Wald arbeiten, die kleine Landwirtschaft betreiben, Tiere betreuen, eigenen Hobbies nachgehen, sich in Vereinen engagieren. Manche hatten nur mit ihrer Gesundheit zu tun und hatten Zeit für Besuche bei Ärzt*innen und Therapien. Für Hans wurde klar: „Ich gehe in Pension.“ Seine Arbeitsunfähigkeit war offensichtlich. Er war nicht der Einzige, dem es so erging. Der wesentlichste Punkt während der gesamten Projektphase wurde die Anerkennung! Einem Menschen Anerkennung zu vermitteln, setzt eine Atmosphäre voraus, in der kein Druck erzeugt wird und keine Rechtfertigungen verlangt werden. Anerkennung führt zu Eigenverantwortung. Arbeit war für die Teilnehmer*innen bisher immer etwas, das die Gesellschaft aus ökonomischen Interessen heraus von allen verlangt. Die Gegenleistung ist eine Entlohnung. In unserem Projekt hieß es: Schau auf deine Fähigkeiten und bring sie ein! Uns ging es darum, zum Ausdruck zu bringen: Hier brauchst du dich nicht zu rechtfertigen. Du bist! Dein Bemühen, dein Tun wird von uns keiner Wertung unterzogen. Du bist als Mensch geschätzt und wir haben die Zeit, herauszufinden, was du brauchst, und machen uns gemeinsam auf den Weg. Die neue Tätigkeit als Arbeit zu bezeichnen, gelang den meisten zuerst nicht. Doch mit der Zeit veränderte der gemeinsame Prozess unsere Sichtweisen, unser Verständnis von Arbeit, unser Wissen, unser Bewusstsein. Wir sahen uns immer mehr wertvollen Menschen gegenüber. Und vor allem: Wir staunen darüber, was alles möglich ist und wird, wenn Tätigkeiten, die bisher nie entlohnt wurden, an die vorher niemand dachte und die nun endlich verwirklicht wurden, unser Zusammenleben schlicht und einfach bereichern.

Annäherungen an ein Grundeinkommen in der Geschichte

1250

Im Mittelalter teilten jene, die von ihrer Arbeit leben konnten, im Sinne der Nächstenliebe mit anderen. **Thomas von Aquin** gebot den Begüterten, Almosen zu verschenken. In manchen Mönchsgemeinschaften wurde mit Gütergemeinschaften experimentiert.

1525

Der spanische Humanist und Lehrer **Juan Luis Vives** erdachte für die Stadt Brügge eine erste Variante der Mindestsicherung. Zusätzlich zu einer regelmäßigen Unterstützung in Not sollte ein Ausbildungsprogramm die Arbeitsaufnahme in verschiedenen Bereichen ermöglichen.

1602

Der italienische Philosoph, Dichter und Politiker **Tommaso Campanella** entwickelte im sogenannten Sonnenstaat ein vor-kommunistisches Modell einer Weiterentwicklung der Ideen Platos: Alle Bürger*innen sollten dem Privateigentum entsagen und alle Güter nach strikten Plänen produziert werden.

1748

Der französische Staatstheoretiker **Charles de Montesquieu** schrieb nach der französischen Revolution von der Pflicht des Staates auf ein Existenzminium: *„Der Staat schuldet allen seinen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt, Nahrung, geeignete Kleidung und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.“*

1737 - 1809

Der einflussreiche Intellektuelle und einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten **Thomas Paine** versuchte, in Amerika einen Fonds zu errichten, den die Grundbesitzer*innen füllen sollten. Alle Bürger*innen würden daraus regelmäßig eine bestimmte Summe erhalten. Er sprach auch von einer Art „Startgeld“ für alle Bürger*innen und vertrat die Ansicht, es müsse eine Erbschaftssteuer geben. Erb*innen würden dadurch daran erinnert werden, dass die Natur zu einem bestimmten Teil nicht privates Eigentum ist, sondern doch allen gehört.

1796

Der englische Schriftsteller **Thomas Spence** forderte einen Übergang von Eigentum an Boden an die Gemeinden. Diese solle die Nutzungsrechte versteigern und aus den Einnahmen die Gemeindeausgaben tätigen und mit dem verbleibenden

➔

Von Johanna Tschautscher

Johanna Tschautscher *ist Schriftstellerin und Regisseurin und realisiert Dokumentarfilme, Künstler*innenporträts, Kurzfilme. Darüber hinaus schreibt sie Romane, Hörspiele und Drehbücher.*

➔ Geld Zahlungen an die Einwohner*innen tätigen, wobei alle einen gleich hohen Betrag erhalten sollen, ungeachtet des Geschlechts, des Alters, der gesellschaftlichen Stellung oder des Vermögens.

1841

Der französische Ökonom und Philosoph **Victor Considerant** begründete ein bedingungsloses Minimum für jeden Menschen und die Gestaltung attraktiver Arbeitsbedingungen in Genossenschaften. Beide Reformen sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Das bedingungslose Minimum soll eine ausreichende Höhe haben, um die soziale und politische Freiheit abzusichern.

1848

Im Haus der **Gebrüder Kats** tauchte durch eine polizeiliche Hausdurchsuchung ein Schriftstück auf, in dem die Erde als gemeinsames Eigentum aller Menschen bezeichnet wird. Ein teilweises Grundeinkommen für alle im Gemeinwesen Lebenden wurde begründet. Darüber hinaus sollen alle wichtigen Unternehmen verstaatlicht werden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft, das Recht auf Bildung umgesetzt werden.

1906-1975

Hannah Arendt, eine jüdische Philosophin, sieht in einem Grundeinkommen ein Tor zu einer Freiheit, öffentlich aktiv handeln zu können. Eine Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und damit einer finanziellen Mittellosigkeit würde nicht bestehen. Sie sieht darin das Aufkommen einer „gesellschaftlichen Verlässlichkeit“, die den Menschen von seiner Existenzangst befreit.
„Ein Klima der Verantwortung lässt so etwas wie soziales Vertrauen entstehen, soziale Fantasie, Freiräume werden geöffnet; der Mut zu Experimenten wird gefördert; da die Erpressbarkeit des Menschen sinken würde, würde auch die Veränderungsbereitschaft der Menschen zunehmen.“
Büchele, Herwig (1986): Auf dem Weg zu einer gastfreundlicheren Gesellschaft. Zur linken Kritik am Mindesteinkommen. In: Schmid, Thomas (Hrsg.): Befreiung von falscher Arbeit, S. 71 – 82. Berlin, Wagenbach.

1943

Die Engländerin **Juliet Rhys-Williams** schreibt über eine Soziale Dividende. Jeder Bürger und jede Bürgerin, unabhängig von Einkommen und Bedürftigkeit, erhält in diesem Modell eine staatliche Leistung, die die Existenz sichert. Diese Summe ersetzt je nach Modell Teile oder alle bisherigen bedarfsorientierten Transfers und Sozialversicherungen. 1970 wurde dieses Modell

in den USA zeitweise Teil der Sozialreform von Präsident Richard Nixon. Die kanadische Regierung testete es in einem mehrjährigen Feldversuch in Dauphin.

1960

Erich Fromm wollte einen „kostenlosen Konsum gewisser Gebrauchswaren“. Mangel erzeugt Angst, Neid und Egoismus, ein Faktum, das am intensivsten bei bestimmten bäuerlichen Kulturen beobachten werden. Überfluss erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Fromm sah die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels gefangen, weswegen viele Menschen nicht fähig wären, neue Ideen, wie die eines garantierten Einkommens, zu begreifen, da traditionelle Ideen gewöhnlich von Gefühlen bestimmt sind, die ihren Ursprung in früheren Gesellschaftsformen haben.

1986

Der Professor für Soziologie **Ralf Dahrendorf** sprach vom Ende der Arbeitsgesellschaft und dem Beginn einer Tätigkeitsgesellschaft. *„Das garantierte Mindesteinkommen ist so notwendig wie die übrigen Bürgerrechte, also die Gleichheit vor dem Gesetz oder das allgemeine, gleiche Wahlrecht.“*

„Ich befürworte ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 40 % des durchschnittlichen Lohneinkommens und in Höhe von 80 % für alleinlebende Elternteile mit minderjährigen Kindern. Die Kosten für eine Stunde Beratung/Unterstützung pro Woche (Psychotherapie, Coach, etc.) bei Bedarf muss der Staat übernehmen. Ich bin dafür, weil ich nicht einen Monat mit Menschen tauschen möchte, die einkommens- oder arbeitslos sind.“

Hannes Winter, Bankdirektor

(Im jeweiligen Originaltext wurde nur in der männlichen Form gesprochen.)

Bedingungsloses Grundeinkommen als Menschenrecht

Von Paul J. Ettl, Obmann des Vereins „Das Grundeinkommen" und Autor der Broschüre „Das Linzer Modell für ein Bedingungsloses Grundeinkommen"

„Ich glaube deshalb, dass es an der Zeit ist, Konzepte zu bedenken wie das Universelle Grundeinkommen (UBI), auch als negative Einkommensteuer bekannt: Eine bedingungslose Pauschalzahlung an alle Bürger."

Papst Franziskus
aus dem Buch „Wage zu träumen!", Verlag Kösel 2021

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (beschlossen am 10. Dezember 1948) steht:

Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2: Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 4: Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

*Artikel 22 (Recht auf soziale Sicherheit): **Jeder Mensch** hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, (...) in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für die eigene Würde und die freie Entwicklung der eigenen Persönlichkeit unentbehrlich sind.*

*Artikel 25 (Recht auf Wohlfahrt): **Jeder Mensch** hat das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohl für sich selbst und die eigene Familie gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, (...).*

Die Artikel 22 und 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beginnen also beide mit „Jeder Mensch ... hat das Recht ...". Es heißt nicht „jeder Mann", es heißt nicht „jeder erwachsene Mensch" und es heißt auch nicht „jeder arbeitende oder arbeitswillige Mensch". Es heißt „jeder Mensch". Bedingungslos.

Schon Erich Fromm (1900-1980) schrieb 1966 in seinem Buch „Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle":

Das garantierte Einkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort „Freiheit" eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzeltes Prinzip bestätigen, dass der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben.

Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein

dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft „von Nutzen ist“.

Sicher würden viele Leute gerne für ein oder zwei Monate nicht arbeiten. Die allermeisten würden aber dringend darum bitten, arbeiten zu dürfen, selbst wenn sie nichts dafür bezahlt bekämen.

Oft hört man das Argument: „Nichts ist bedingungslos. Alles ist an Bedingungen geknüpft.“ Aber wie ist das mit Eltern und ihren Kindern? Bekommen Kinder nur zu essen, wenn sie „brav“ sind? Ich kenne noch Zeiten, in denen Kinder vom Tisch ferngehalten wurden, wenn sie etwas angestellt hatten. Aber sehen wir das heute noch als ein probates Mittel der Kindeserziehung? Eltern haben für ihre Kinder zu sorgen. Bedingungslos. Als Kindesrecht. Punkt.

Und ist nicht die Gesellschaft für die Erwachsenen das, was Eltern für ihre Kinder sind?

Ist es nicht eine moderne Form der Sklaverei („Lohnsklaverei“), wenn Menschen gezwungen werden zu arbeiten, weil sie sonst verhungern müssen? Vor kurzem hörte ich den Einwand, dass Menschen, die ein Grundeinkommen beziehen, dann nicht mehr „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“. So hat sich ein Kammerfunktionär ausgedrückt. Meinte er damit wirklich den „Arbeitsmarkt“? Oder den modernen Sklavenmarkt?

Unsere Kultur baut auf einem christlich/humanistischen Gedanken- und Wertesystem auf. Was ist die Basis dieses Wertesystems? Ist es nicht die bedingungslose Liebe – sowohl im Christentum als auch in den meisten anderen Religionen?

In unserer Gesellschaft lassen wir niemanden verhungern. Jede/r bekommt etwas zu essen, egal ob er/sie arbeitet oder nicht, selbst Mörder*innen erhalten ein Essen (und ein Dach über dem Kopf). Aber warum muss das an Bedingungen geknüpft werden? An Arbeit oder Arbeitswilligkeit?

Wissen wir, was Menschen machen, die nicht „arbeiten“, also keiner Erwerbsarbeit nachgehen? Kann es nicht sein, dass unbezahlt viel mehr Arbeit geleistet wird, die sogar für die Gesellschaft wichtiger ist? Ja, noch weiter gedacht: Ist „Arbeit“ überhaupt bezahlbar?

Ich erinnere noch einmal an das Zitat von Erich Fromm: *„Sicher würden viele Leute gerne für ein oder zwei Monate nicht arbeiten. Die allermeisten würden aber dringend darum bitten, arbeiten zu dürfen, selbst wenn sie nichts dafür bezahlt bekämen.“*

Ein Grundeinkommen ist ein Menschenrecht. Und so wie alle Menschenrechte darf es nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden.

Paul J. Ettl, MBA, www.ettl.at
Geb. 1955, Studium der Mathematik, Philosophie und Politikwissenschaft, diplomierter Betriebswirt, 30 Jahre Unternehmer im IT-Bereich. War in verschiedenen Funktionen für die Grüne Wirtschaft in der Wirtschaftskammer tätig. Jetzt in Pension.

Mehr Sicherheit! Mehr Freiheit!

Bedingungsloses Grundeinkommen aus feministischer Perspektive von Margit Appel

In meiner Art des frauenpolitisch informierten Nachdenkens und in Folge meines Lernens durch den Austausch in zahlreichen Grundeinkommensdiskussionen heißt feministische Perspektive für mich: Überlegungen anzustellen über bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Baustein für mehr soziale Sicherheit und mehr Freiheit von Frauen.

Die beharrlichen Geschlechterungleichheiten hinsichtlich Einkommen, Vermögen, zeitlicher Selbstbestimmung, Gestaltung der Lebensbedingungen und politischer Einflussmöglichkeiten sind noch lange nicht beseitigt – auch die Corona-Krise zeigt, wie rasch es zu einer Wiederbelebung traditioneller Arbeitsteilungs- und Verteilungsmuster bzw. zu ihrer Verstärkung kommt.

BRUCHSTELLEN UND EINSCHRÄNKUNGEN

Frauen, die im Alter kein Auskommen haben; die ihren Kindern Armutserfahrungen nicht ersparen können; die auch aus materiellen Gründen in (Gewalt-)Beziehungen bleiben müssen; junge Frauen, die mit irgendetwas Geld verdienen müssen, weil sie nicht die Chance und die Zeit kriegen, herauszufinden, was ihnen liegt und Freude macht; migrantische Frauen, die unter ihrer Qualifizierung jobben müssen und denen ohnehin jede Arbeit zu prekärsten Bedingungen zugemutet wird; Frauen, denen die Entscheidung für Kinder ihren (gut bezahlten) Job gekostet hat; erwerbslose Frauen, bei denen nicht zählt, mit wie viel Sorge- und Pflegearbeit sie belastet sind, sondern nur die „Arbeitsbereitschaft"; Frauen, die sich gegen zugeschriebene Geschlechtsidentitäten entscheiden, Beziehungen nicht geschlechterrollenkonform leben und daraus zahlreiche Nachteile haben; Frauen, die nicht erwerbstätig sein können, weil ihnen die ganze Sorgearbeit bleibt und sie keine Verhandlungsmacht haben, diese Arbeitsteilung zu ändern; Frauen, denen Führungsverantwortung vorenthalten wird, weil Vereinbarkeitsprobleme behauptet werden.

Dieser (zweifellos unvollständige) Mix an Lebenssituationen soll auf die zahlreichen Bruchstellen in der sozialen Sicherheit von Frauen und auf die ebenso zahlreichen Einschränkungen in der Freiheit, selbstbestimmt einem Lebensentwurf zu folgen, hinweisen.

ERWERBSARBEIT UND SOZIALSTAAT

Dieses Bild der beharrlichen Ungleichheiten lässt sich auch mit einigen Zahlen nachzeichnen. Die Erwerbstätigenquote der 15 – 64jährigen Frauen lag 2020 bei knapp über 68% (Männer 76,5%). Die Teilzeitquote der Frauen lag bei fast 48% (2019). Die Einkommensdifferenz, gemessen an den mittleren Bruttojahreseinkommen, hat sich in den letzten zehn Jahren verringert, liegt aber immer noch bei 36,4% (Lohnsteuerdaten 2019). Eine Auswertung der mittleren Bruttojahres-

einkommen 2019 nach ausgewählten Berufen – durchgeführt von Statistik Austria – gibt einen Geschmack von den geschlechterhierarchischen Einkommensungleichheiten. Berufe mit hohem Frauenanteil, wie Verkäufer*innen (€ 17.200) oder Lehrkräfte und Erzieher*innen im Vorschulbereich (€ 30.600), verdienen deutlich schlechter als Berufe mit hohem Männeranteil, wie Fahrer*innen schwerer Lastkraftwagen (€ 33.800) oder Fachärzt*innen (€ 96.100). Die herrschenden Vermögensungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen durch die deutlich geringeren Einkünfte und damit geringeren Spar- und Vermögensbildungsmöglichkeiten von Frauen hinsichtlich Einkommen, Erbschaften und Schenkungen.

Beim Vergleich alleinlebender Frauen und Männer liegt die Armutsgefährdungsquote der Frauen bei 34%, jene der Männer bei 29%. Für die Erfassung der geschlechtsspezifischen Armutsgefährdung in gemeinsamen Haushalten gibt es keine befriedigende statistische Vorgangsweise. Die Armutsgefährdung alleinlebender Pensionistinnen ist mit 26% deutlich höher als die männlicher Pensionisten mit 14% - was gut die Kumulation der Geschlechterungleichheit über den Lebensverlauf zeigt. Ein-Eltern-Haushalte, vorwiegend Haushalte von Frauen mit Kindern, haben mit 46% die höchste Armutsgefährdungsquote aller Haushaltstypen. Beim Mindestsicherungsbezug sind 52% der Bezieher*innen Frauen.

Die „jüngste“ Zeitverwendungsstudie für Österreich stammt aus den Jahren 2008/09. Untersuchungen während der Corona-Krise bestätigten aber, dass die zeitliche Belastung von Frauen durch ihre Mehrfachvergesellschaftung enorm hoch ist. Bleibt ihnen Zeit für Freiwilligenarbeit, erbringen sie diese vorwiegend im informellen Bereich – im Unterschied zur Art des Freiwilligenengagements von Männern erwächst ihnen daraus kaum sozialer Statusgewinn, Netzwerkpower oder Lobbyzugehörigkeit.

REICH AN ARBEIT

Das einzige, so zeigt sich immer wieder, woran Frauen reich sind, ist Arbeit in unbezahlter und (häufig schlecht) bezahlter Form. Worüber sie nicht ausreichend verfügen, sind Zeit, materielle und soziale Sicherheit, Vermögen und politische Gestaltungsmacht.

Dass Frauen aber überhaupt in diesem Ausmaß in die wichtigen Existenzsicherungssysteme – Erwerbsarbeit und sozialstaatliche Leistungen – integriert sind, ist ihren Kämpfen um Gleichstellung und weibliche Freiheit zu verdanken. Auch aber – und das ist zweifellos äußerst ambivalent – dem wachsenden Interesse der kapitalistischen Wirtschaft an der Arbeitskraft und dem Arbeitsvermögen von Frauen. Ambivalent deshalb, weil bestehende Geschlechterungleichheiten in die Ordnung der Wirtschaft eingehen und je nach den Profitmehrungsinteressen verstärkt, genutzt oder auch neu erfunden werden.

Ich sehe für mich einen klaren Zusammenhang. For-Profit-Sektor, öffentlicher Sektor, Dritter Sektor, Haushaltssektor und illegaler Sektor können (bzw. müssen unter neoliberalen Bedingungen) nach den herrschenden Leistungs-, Konkurrenz- und Hierarchievorstellungen funktionieren, weil es quer zu diesen Sektoren den von mir so genannten „Sektor der Bedingungs-

Mag.ª Margit Appel
Politikwissenschafterin, Erwachsenenbildnerin. Tätig als freie Referentin und Autorin, Wien. Mitglied Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – B.I.E.N. Austria und Wissenschaftlicher Beirat der Armutskonferenz.

➔

losigkeit“ gibt. Darunter verstehe ich alle Orte, an denen Frauen unbezahlte oder schlecht bezahlte Arbeit erbringen und an denen in zweierlei Hinsicht Bedingungslosigkeit herrscht. Einmal als selbstverständlich vorausgesetztes emotionales Vermögen der tätigen Frauen, persönliche Ansprüche und Bedürfnisse zugunsten der bedingungslosen Erfüllung der Bedürfnisse anderer zurückstellen. Und ein weiteres Mal durch den gesellschaftlichen Konsens, der das Stellen von Bedingungen – im Sinne von frauen- und familienpolitischen, arbeitsrechtlichen, etc. Forderungen – gar nicht vorsieht. Als konkretisierendes Beispiel sei an die Streiks der Beschäftigten der Sozial- und Gesundheitsberufe im Frühjahr 2020 erinnert. Die öffentliche Irritation, dass Leute mit solchen Jobs überhaupt streiken dürfen – haben sie doch bedingungslos zu sorgen - war groß. Dennoch gelang es den Beschäftigten, ihre zentrale Forderung nach einer 35-Stunden-Woche gut zu vermitteln und ihre Arbeits- und Einkommenssituationen zum Gegenstand öffentlichen Interesses und politischer Verhandlung zu machen. Erfolgreich waren sie letztendlich nicht.

WAS WÄRE MIT EINEM BGE ANDERS?

Ein BGE, ausgestaltet als garantiertes soziales Recht, individuell, in existenzsichernder Höhe lebenslang zur Verfügung stehend: frau merkt es schon beim Lesen! Eine solche Form an Einkommenssicherheit und sozialer Sicherheit hat es historisch für Frauen noch nicht gegeben. Wichtig ist, dass ein solches Grundeinkommen als Fundament in den bestehenden Sozialstaats-Bau eingefügt wird, bestehende Sozialtransfers nur klug ersetzt und soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, etc.) erhalten bleibt. Die Finanzierung ist so aufzusetzen, dass sie in Richtung größerer Verteilungsgerechtigkeit wirkt.

Aus feministischer Perspektive ist es essenziell, dass dieses Grundeinkommen als bedingungslose Leistung ausgestaltet ist, die weder eine Überprüfung der Arbeitsbereitschaft für den herkömmlichen Erwerbsarbeitsmarkt noch für die Fülle an notwendigen unbezahlten Tätigkeiten kennt. Und auch hier merkt frau es schon beim Lesen: Ein solches bedingungsloses Grundeinkommen, das jede Form von Tätigkeit anerkennt, aber keine in besonderer Weise honoriert, könnte der dringend benötigte Beitrag zu mehr Selbstbestimmung und zu mehr Freiheit in der Lebensführung sein, die vielen Frauen immer noch vorenthalten ist.

Und weil auch mit einem BGE keine Wunder hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit zu erwarten sind: Ein Grundeinkommen kann das bislang fehlende Element sozialer Sicherheit sein, das es mehr Frauen als bisher und vielen Frauen im größeren Ausmaß als bislang möglich macht, sich für die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen, der Arbeits- und Einkommensverhältnisse, der Verteilungssituation einzusetzen. Ihre Verhandlungsmacht wird gestärkt, sowohl im Bereich privater Beziehungen als auch am Erwerbsarbeitsmarkt.

Mehr Sicherheit, mehr Freiheit – auch die, gemeinsam mit anderen politisch zu handeln!

„Die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens geht Hand in Hand mit einer gesellschaftlichen, sozialen und politischen Veränderung.“

Johanna Fessl | freischaffende Künstlerin

Wege aus der Altersarmut

Die Armut im Alter ist vor allem weiblich. Frauen haben infolge von Betreuungsarbeit unterbrochene Erwerbsbiografien. Der Großteil der Teilzeitarbeit wird von Frauen geleistet, der Anteil der Männer, die in Baby-Karenz gehen, liegt immer noch im einstelligen Prozent-Bereich, Tendenz leicht steigend. Die Einkommensunterschiede von bis zu 30 Prozent zwischen Männern und Frauen legen es Familien immer noch nahe, dass die Frauen die Betreuung kleiner Kinder und später betreuungsbedürftiger Angehöriger übernehmen.

Diese Tatsachen wirken sich besonders in der Pension negativ aus. Aber gerade im Alter ist ein ausreichendes Einkommen essenziell, um mit Handicaps mobil bleiben und auch bei Pflegebedürftigkeit ein autonomes Leben führen zu können, mit allen persönlichen Diensten, die man dazu braucht.

Von den über 2,31 Millionen Menschen im Jahr 2018 mit ganzjährigen Pensionsbezügen bekamen 209.043 Personen, das sind neun Prozent, maximal 143 Euro brutto im Monat. Bei 617.876 Menschen beziehungsweise 26,7 Prozent lag die monatliche Bruttopension unter 858 Euro. Zum Vergleich: Der Richtsatz für die Ausgleichszulage betrug in dem Jahr 909,42 Euro. (Anm.: Der Ausgleichszulagenrichtsatz wurde inzwischen auf 1.000,48 Euro erhöht). Am anderen Ende der Skala bezogen 41.296 Menschen, das sind 1,8 Prozent, eine monatliche Bruttopension von über 5.000 Euro. (Quelle: Statistik Austria)

Nimmt man die mittlere Höhe, den Median, der Alterspensionen, dann betrugen die monatlichen Bruttopensionsbezüge der Frauen 2019 1.019 Euro und jene der Männer 2.007 Euro.

WAS ALSO SIND DIE AUSWEGE AUS DIESEM DILEMMA?

Zunächst braucht es eine massive Verkürzung der Regelarbeitszeit auf zumindest 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, um eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit erst zu ermöglichen. Zweitens braucht es ein Pensionsmodell, das Erwerbslücken, aus welchem Grund auch immer, abmildert und nicht allein auf Durchrechnungszeiten und Höhe der Aktivbezüge abstellt. Drittens braucht es auch Transparenz, was die Höhe der Bezüge für Frauen und Männer betrifft.

DAS GRÜNE PENSIONSMODELL KÖNNTE WESENTLICHE VERBESSERUNGEN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT BRINGEN:

Das Grüne Pensionsmodell ist ein einheitliches Pensionssystem mit gleichen Beiträgen, gleichen Berechnungsregeln und gleichen Leistungen für alle. Es besteht aus einer aus Steuern

➔

Von Doris Eisenriegler

Doris Eisenriegler
geb. 29.10.1945, 3. Präsidentin des OÖ Landtags a.D., Gemeinderätin in Wilhering seit 1985, Obfrau der Grünen - Generation plus.

finanzierten, existenzsichernden Grundpension von ca. 800 Euro (ein Betrag, der sicher jährlich angepasst werden muss) und einer, nach versicherungsmathematischen Regeln berechneten Versicherungspension aus Beiträgen. Beide Pensionsteile zusammen sind durch eine Höchstpension gedeckelt. Zeiten der Kinderbetreuung, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit oder des Zivildienstes werden durch die Grundpension abgedeckt. In die Versicherungspension fließen nur tatsächlich bezahlte Beiträge. Ein Pensionssplitting für Zeiten der Partnerschaft und eine Berechnung der Lebenserwartung nach geschlechtsneutralen „Sterbetafeln" gleicht Ungerechtigkeiten des Arbeitsmarktes und ungleiche Verteilung von Betreuungsarbeit aus.

Dieses Modell ist aufkommensneutral und daher auch finanzierbar!

„Armut ist keine Charakterschwäche, sondern ein Systemfehler."

Rutger Bregman

Plädoyer für einen visionären Realismus – die Grüne Grundsicherung

Von Markus Koza

Die Corona-Krise war ein „Stresstest“ für unseren Sozialstaat. Ein Stresstest, der weitgehend bestanden wurde. Die sozialen Sicherungssysteme haben einmal mehr unter Beweis gestellt, wie funktionsfähig sie sind – trotz aller Sparpakete, die man ihnen bereits angetan hat.

Das ist allerdings nur ein Teil der Wahrheit. Der andere: Nie sind die Lücken in unserem Sozialstaat so offen zu Tage getreten, wie in der Pandemie. Seit Jahrzehnten wissen wir, wo die Problemlagen in unseren sozialen Sicherungssystemen liegen: bei der Absicherung neuer Selbstständiger oder Ein-Personen-Unternehmer*innen, von Arbeitnehmer*innen, die noch zu kurz arbeiten, um einen Arbeitslosenanspruch erworben zu haben, bei Schulabgänger*innen, von prekär Beschäftigten, Alleinerzieher*innen, bei der Verfestigung des Gender-Pay-Gaps und, und, und ...

Mindestsicherung und Sozialhilfe haben sich in der Gesundheitskrise als zu bürokratisch, zu restriktiv, zu schwer zugänglich und zu wenig flexibel erwiesen, um rasch und einfach wirken zu können. Das letzte soziale Sicherungsnetz hat seine Funktion nicht erfüllen können. Sozialleistungen sind auch oft genug nicht wirklich armutsfest und verfehlen so ihr Ziel der Armutsvermeidung. Höchste Zeit, dass diese Löcher gestopft werden. Höchste Zeit, nicht erst seit Corona. Höchste Zeit für die Grüne Grundsicherung.

BEDARFS- UND LEBENSLAGENORIENTIERT ...

Das Modell der Grünen Grundsicherung versucht diesen Lückenschluss. Die Grüne Grundsicherung ersetzt nicht bestehende Versicherungsleistungen - wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Leistungen für Menschen mit Behinderungen oder gesundheitlichen Einschränkungen, mit Pflege- und Betreuungsbedarf oder Pensionen -, sondern ergänzt sie. Sie ist bedarfs- und lebenslagenorientiert und steht damit allen zur Verfügung, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Sie macht unsere Sozialsysteme armutsfest. Und sie soll rasche und einfache Hilfe in Notsituationen ohne restriktive Auflagen bieten, dabei aber nicht verfestigend wirken – also tatsächlich Hilfe und Unterstützung, ein „Sprungbrett“ zurück in ein Leben ohne Armutsgefährdung und Sozialhilfe bieten.

WIE SIEHT DIE GRÜNE GRUNDSICHERUNG AUS?

- Die Höhe der Grundsicherung orientiert sich an der **Armutsgefährdungsschwelle**, mindestens am Ausgleichszulagenrichtsatz von aktuell 1.000 Euro monatlich. Sie ist allerdings – im Gegensatz zur Sozialhilfe NEU – nicht in dieser Höhe „gedeckelt“. Nach wie vor muss eine zusätzliche finanzielle Unterstützung als Hilfe in besonderen Lebens- und Notlagen möglich sein.

➔

Mag. Markus Koza
*ist Ökonom, Grüner Nationalratsabgeordneter und Sprecher für Arbeit und Soziales. Von 1999 bis 2019 war er Bundessekretär der AUGE/UG und vertrat viele Jahre die Unabhängigen Gewerkschafter*innen im ÖGB (UG), im ÖGB-Vorstand und ÖGB-Bundesvorstand.*

- Die **Kindergrundsicherung** beläuft sich auf 260 Euro/monatlich.
- Die Grundsicherung **ersetzt die bisherige Sozialhilfe und Mindestsicherung**.
- Die Grundsicherung ist nicht nur bedarfsorientiert – sie steht auch in besonderen **Lebenslagen** als Überbrückungshilfe zur Verfügung – im Falle z.B. eines Burn-Outs, einer befristeten Notlage, aufgrund einer Erkrankung, einer Gewaltdrohung im Haushalt oder ähnlichem. Aber auch bei Inanspruchnahme einer zeitlich befristeten **beruflichen Auszeit**, ob als Sabbatical, für Pflege und Betreuung, als Burn-Out-Prävention, einer Pflege- oder Bildungskarenz, stellt die Grundsicherung eine finanzielle Mindestabsicherung dar.
- Die **Vermögensgrenzen**, um Zugang zu einer Grundsicherung zu erhalten, müssen deutlich erhöht werden, da gerade diese für Betroffene oft genug ein Hemmnis darstellen, Sozialhilfe zu beantragen. Am sinnvollsten wäre es natürlich, statt einer „individuellen Vermögensverwertung“ eine allgemeine Vermögenssteuer einzuführen.
- Es gilt das **Wohnortprinzip**: Grundsicherung erhält, wer seinen/ihren Hauptwohnsitz in Österreich hat, rechtlich mit österreichischen Staatsbürger*innen gleichgestellt ist, rechtmäßig in Österreich aufhältig ist, eine Mindestdauer in Österreich verbracht hat und/oder Rechtsanspruch auf eine Sozialversicherungsleistung erworben hat.
- **One-Stop-Shop-Prinzip**, d.h. das Zusammenwirken von AMS und Sozialbehörden an einem Ort, das AMS als auszahlende Stelle für erwerbsfähige Menschen, was insbesondere auch das Recht beinhaltet, Leistungen des AMS – etwa im Bildungs-, Gesundheits- und Qualifizierungsbereich – in Anspruch zu nehmen.
- Ausgestattet ist die Grundsicherung zusätzlich mit verbrieften **Rechtsansprüchen** auf Bildung, Beratung, aber auch Hilfe und Betreuung in Notlagen – etwa Schuldner*innenberatung, Delogierungsprävention, sozialarbeiterische und/oder therapeutische Betreuung.

... UND WELCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER COVID19-KRISE ZU ZIEHEN SIND

Insbesondere – und das ist eine zentrale Lehre aus der Corona-Krise – muss der Zugang zur Grundsicherung als zeitlich befristete „Soforthilfe“ in einer ökonomischen Notlage einfach und unbürokratisch erfolgen können. Wie könnte bzw. sollte so eine Soforthilfe ausgestaltet sein?

- Anspruch auf Soforthilfe in Höhe der Grundsicherung besteht sofort für zwei Monate.
- Die Beantragung erfolgt mittels eidesstattlicher Erklärung und wird sofort ausbezahlt.
- Eine Bedarfsprüfung – also eine Einkommensüberprüfung – findet im Nachhinein statt.
- Vermögensverwertung findet keine statt.
- Die Soforthilfe kann im Bedarfsfall verlängert werden, falls die Notlage das erforderlich macht.

Der Vorteil einer derartigen Soforthilfe wäre, dass sie unbürokratisch und einfach beantragt werden kann und eine finanzielle Mindestabsicherung sicherstellt. Sollte entgegen Befürchtungen ein Einkommen bezogen werden, so wird dieses im Nachhinein gegengerechnet, wobei ein nicht-abzugsfähiger Freibetrag vorgesehen werden kann.

Profitieren von einer derartigen Soforthilfe würden vor allem jene Gruppen, die keine Ansprüche auf eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung haben. Sie erhalten rasche und schnelle Hilfe. Die „Soforthilfe“ wirkt dabei weniger stigmatisierend als die bestehende Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung.

Ebenfalls überlegenswert ist die automatische Aufstockung der Sozialversicherungsleistungen wie **Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, REHA-Geld, Alterspension etc.** auf Höhe der Grundsicherung. Dadurch würde sowohl dem Versicherungsprinzip als auch der Armutsbekämpfung Rechnung getragen, die Aufstockung müsste nicht mehr extra beantragt werden, die Differenz zwischen Versicherungsleistung und Grundsicherung hätten Bund bzw. Länder zu tragen.

SYSTEMWANDEL OHNE RISKANTEN SYSTEMBRUCH

Das Attraktive an der Grünen Grundsicherung ist, dass sie dort ansetzt, wo das Sozialsystem Lücken hinterlässt, und diese Lücken schließt, ohne die Vorteile – das Versicherungsprinzip mit garantierten Rechtsansprüchen, die Selbstverwaltungselemente, die Beitragsfinanzierung -, die unser Sozialsystem bei aller Kritik gegenüber einem steuerfinanzierten System resilienter macht, aufzugeben. Der finanzielle Aufwand für die Grüne Grundsicherung – geschätzte zusätzliche 0,2% des BIP – bleibt überschaubar und hält sich in Grenzen, die Wirkung wäre dafür enorm und würde den Sozialstaat und seine Bürger*innen mit zusätzlichen sozialen Rechten ausstatten. Gleichzeitig ist die Grundsicherung eine sehr zielgerichtete Maßnahme, die im besten Sinne „treffsicher“ wirkt, weil sie Armut und Armutsgefährdung dort bekämpft, wo sie auftaucht und gleichzeitig Perspektiven aus Armut statt Verfestigung in Armut schafft.

Die Grüne Grundsicherung ist kein Allheilmittel. Das behauptet sie allerdings auch nicht. Um unsere Gesellschaft sozial gerechter, fairer und zukunftsfähiger zu gestalten, braucht es natürlich jede Menge weiterer Schritte – von höheren Mindestlöhnen, kürzeren Arbeitszeiten über ein höheres Arbeitslosengeld und mehr Mitbestimmung in Wirtschaft und Arbeitswelt bis hin zu einem Abbau des Sanktionenregimes beim AMS und effektiver Maßnahmen gegen den Gender-Pay-Gap, gegen Lohn- und Sozialdumping und gegen krankmachende Arbeitsbedingungen.

Die Grüne Grundsicherung ist allerdings ein wesentliches Element einer sozial gerechteren Welt. Mit der entsprechenden Portion Realismus, die angesichts der enormen ökonomischen, sozialen und budgetären Herausforderungen notwendig ist. Aber auch mit der notwendigen Portion Vision, die es in der Sozialpolitik immer braucht. Der Vision von sozialer Sicherheit für Alle. Vor allem aber für jene, die bislang zu wenig davon hatten.

„Viele Arbeiten, die noch immer nicht gerecht entlohnt werden, werden dann endlich möglich, wie für Biodiversität, Klimaschutz, gesunde Lebensmittel und eine lebendige Landschaft zu sorgen.“

Mag.ª Gundula Huber-Roithinger / Subsitenz-Landwirtin, Biologin

Grundeinkommen, Grundsicherung, Jobgarantie – was ist der Unterschied?

Vom Verein Generation Grundeinkommen schreibt Helmo Pape für die AUGE Broschüre

Drei Ansätze mit ähnlichen Zielen: Armut soll verhindert und die Teilnahme an der Gesellschaft erleichtert werden. Doch was unterscheidet diese drei Ansätze?

JOBGARANTIE – WENN RECHT AUF ARBEIT NUR DAS RECHT AUF LOHNARBEIT MEINT

Bei der Jobgarantie lautet die Devise: Alle Menschen, die bezahlt arbeiten wollen, bekommen einen Arbeitsplatz. Man geht dabei von der Annahme aus, dass der Markt selbst nie genug passende Arbeitsplätze anbietet. Daher soll der Staat stärker als Arbeitgeber auftreten, um Menschen aus der ungewollten Erwerbs-Arbeitslosigkeit zu befreien. Neben Verwaltungs- und Organisationstätigkeiten soll der Staat zusätzlich große Projekte in Bildung, Forschung, Kunst, Landwirtschaft, in der Energie- und Industrieproduktion anleiten. Heute sind über Bund, Länder und Gemeinden in Österreich etwa 700.000 Menschen angestellt. Noch einmal so viele haben Arbeitsplätze durch Aufträge der öffentlichen Hand, etwa wo gebaut, gepflegt, gelehrt, geregelt und gereinigt wird. Die Jobgarantie als Recht auf Arbeit meint dabei das Recht auf eine weisungsgebundene Lohnarbeit. Wer gesund ist und keinen angebotenen Job annimmt, bekommt, wie im heutigen System, keine Unterstützung. Tätigkeiten für Familie, Kultur, Umwelt oder die eigene Verwirklichung gelten als Hobby oder Ehrenamt und werden nicht anerkannt. Wer keinen angebotenen Vollzeit-Job annehmen kann, muss dies mit einem Krankheits- oder Arbeitsunfähigkeitsattest belegen, um dann Grundsicherung vom Staat zu erhalten.

Die Jobgarantie will den Arbeitsmarkt ergänzen und sieht Erwerbsarbeit als die wichtigste Quelle des Einkommens. Der Staat mutiert von einer demokratischen Verwaltungsform zum größten Arbeitgeber, der alle einteilt und bezahlt, die für Geld arbeiten wollen. Für jene, die das nicht können, gibt es ein garantiertes Mindest-Einkommen, sofern sie ihre Erwerbsunfähigkeit beweisen können. Wer nicht erwerbstätig werden will, ohne akzeptierten Grund, für den/die gibt es nichts. Die Jobgarantie braucht also eine Grundsicherung, um keinen echten Arbeitszwang zu fordern, und verbleibt – im Prinzip – im heutigen System, nur mit mehr staatlichen Arbeitsangeboten.

GRUNDSICHERUNG – DAS RECHT AUF ÜBERLEBEN INKLUSIVE ARMUT

Die Grundsicherung prüft auf Bedarf und Bedürftigkeit. Schließlich soll niemand Geld erhalten, der es nicht wirklich „nötig“ hat - das wäre ja Verschwendung! Dieser Logik folgen Versicherungen, die Menschen nur dann helfen, wenn sie nachweislich in Not geraten sind. Das ist unser jetziges System mit Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung bzw. neuerdings Sozialhilfe.

Die fatale Konsequenz ist, dass allen Menschen, die es aus eigener Kraft schaffen, ihre Not zu lindern, zum Dank die Grundsicherung gekürzt wird. Dazu kommt, dass die Grundsicherung immer unterhalb der niedrigsten Vollzeit-Löhne liegen muss, um sicher zu stellen, dass Grundsicherungsbeziehende (ohne Kinder) niemals mehr bekommen als „ehrlich Arbeitende"! Lohnabstandsgebot heißt diese Regelung. So kommt es, dass sich die Grundsicherung oft nicht mehr als Unterstützung, sondern als Abfertigung anfühlt, aus der nach wenigen Jahren fast niemand mehr den Sprung herausschafft.

Doch kaum jemand strengt sich an, nur um dann nichts davon zu haben. Dann vielleicht „arbeitslos" abgesichert bleiben und nebenher pfuschen gehen? Das klingt nicht nur attraktiv, das ist es auch. Und so sind in Österreich Fragen wie „Brauchen´s a Rechnung?" ein Kavaliersdelikt, ein offenes Geheimnis.

Die Idee der Grundsicherung – den sozialen Frieden durch Armutsbekämpfung sicherzustellen – kippt in einer Leistungsgesellschaft gerade durch die Finanzierung aus Steuern auf Erwerbsarbeit in ihr Gegenteil, nämlich in die Spaltung der Gesellschaft in „Leistungsträger*innen" und „Sozialschmarotzer*innen".

Die Grundsicherung ist eine staatliche Leistung, die den Bedarf einer Haushaltsgemeinschaft prüft und zum Überleben notwendiges Geld auffüllt. Bei der Prüfung werden andere Tätigkeiten ignoriert und nur Erwerbstätigkeit als Arbeit anerkannt. Die Grundsicherung entwertet so andere Formen von Arbeit. Sie setzt damit falsche Signale, weil bei erfolgreicher Eigeninitiative die Grundsicherung gekürzt wird. Die Grundsicherung hatte ihre Berechtigung in einer Zeit, als es jede Menge bezahlte Erwerbsarbeit gab. Heute spaltet sie die Gesellschaft zusehends. Zukünftig müssen immer weniger Menschen in Erwerbsarbeit immer mehr Menschen in Grundsicherung und Pension finanzieren. Ohne Reform geht es also auch hier nicht.

GRUNDEINKOMMEN – DAS MENSCHENRECHT AUF EIN WÜRDIGES LEBEN

Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen garantiert eine Gesellschaft allen Mitgliedern einen regelmäßigen Betrag, hoch genug, um menschenwürdig leben zu können - ohne Zwang zu irgendeiner Gegenleistung. Es heißt Grund-Einkommen, weil es erhalten bleibt, wenn zusätzlich Erwerbstätigkeit geleistet wird. Hier braucht es keine Grundsicherung und keine Pflicht zur Erwerbsarbeit mehr. Die Grundbedürfnisse wären unbürokratisch und ohne Armutsnachweis für die Wohnbevölkerung befriedigt, und das zu geringeren Kosten als mit der heutigen Verwaltung von Erwerbslosigkeit inklusive der gesundheitlichen Folgen (siehe Finanzierungsvorschläge).

Helmo Pape
Ich war in meinem Leben schon Tischler, Bautechniker, Devisenhändler in einer Bank, pflegender Angehöriger und auch erwerbsarbeitslos. Zu tun war immer genug, aber von seiner Arbeit leben zu können, ist heute ein Glücksfall. Mit Grundeinkommen kann man leichter arbeiten. Es bringt Sicherheit, ergänzt durch Freiheit. Dafür setze ich mich als Obmann der Generation Grundeinkommen ein.

➔

➔ Österreich wäre das erste Land der Welt ohne finanzielle Armut.

Besondere Bedürfnisse wie z.B. Pflegegelder, Stipendien, Förderungen wären weiterhin vorgesehen, aber auf Antrag und daher nicht bedingungslos. Jeder Nationalstaat kann ein Grundeinkommen finanzieren, sofern die Güter, welche sich die Bevölkerung davon kaufen würde, vorhanden beziehungsweise selbst herstellbar sind. Das heißt, wenn in Österreich genügend Wohnraum, Kleidung, Fahrzeuge, Nahrungsmittel und Medikamente existieren, ist kein Herstellungsproblem zu lösen, sondern ein Verteilungsproblem. Alles, was bereits da ist, sollte auch genutzt werden - politischen Willen zu dieser Systemänderung vorausgesetzt.

Das Grundeinkommen wäre nicht neu, Geld bekommt auch heute schon, wer sich sonst nicht mehr zu helfen weiß. Die Bedingungslosigkeit hingegen wäre neu. Warum denn Grundeinkommen für alle, auch jene, die bereits Einkommen haben? Weil jeder Mensch den untersten Sockel des Einkommens unbedingt braucht, um leben zu können. Geld ist in einer arbeitsteiligen Welt die Lebensgrundlage, wenn wir uns nicht mehr selbst versorgen können. Das Einkommen als Ermöglichung von Leben.

Daher wäre es ein – wirtschaftliches – Recht auf Leben – von der Gesellschaft garantiert, als Voraussetzung, um für die Gesellschaft tätig werden zu können.

Auf der soliden Basis eines Grundeinkommens können alle gut handeln und etwas aufbauen. Die Freiheit wird viele herausfordern, wir haben dann fast keine Ausreden mehr (z.B. „Ich brauchte das Geld!“). Das Grundeinkommen verbindet auf geniale Weise Selbstbestimmung mit Solidarität. Es garantiert das Recht auf Leben und signalisiert jedem Menschen: Wir glauben an dich! Du gehörst dazu!

Von der Gewinnmaximierung zur Sinnmaximierung

Christian Felber

Was hat Covid mit dem Grundeinkommen zu tun?

Aktuelle Überlegungen zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ in Bezug zur Corona-Pandemie von Bernhard Seeber, Unternehmer und Sprecher der Grünen Wirtschaft OÖ

Die Grüne Wirtschaft hat sich in den Jahren 2015 bis 2018 intensiv mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) beschäftigt und nach eingehender Diskussion in der Generalversammlung der Grünen Wirtschaft Österreich ein Positionspapier beschlossen. Dieses Dokument ist auf der Website der Grünen Wirtschaft nachzulesen und ist nach wie vor die vorbehaltlos gültige Position Grüner Unternehmer*innen: **https://grundeinkommen.gruenewirtschaft.at/**

Einige Jahre sind seither vergangen, aber der politische Mainstream hat sich (leider) noch nicht maßgeblich verändert. Aus meinen persönlichen Beobachtungen und Gesprächen stelle ich fest, dass sich die Ablehnung eines Bedingungslosen Grundeinkommens aus zwei fragwürdigen und auch oberflächlichen Argumenten nährt: Einerseits, so die oft gehörte These, würde ein BGE die Faulheit der Menschen unterstützen. Große Teile der Bevölkerung würden sich nicht weiter am Arbeits- und Erwerbsprozess beteiligen. Andererseits glauben die scheinbaren und oft selbsternannten „Leistungsträger*innen der Gesellschaft“, dass der Verlust von zwingenden Erwerbseinkommen und dem daraus resultierenden Wohlstand schwerwiegende Folgen für sie selbst hat. Wenige müssen jene (Vielen) finanzieren, die keine Motivation zum Arbeiten haben.

Doch dann kam die Corona-Pandemie, und seither ist vieles anders. Das Unvorstellbare ist eingetreten! Hunderttausende Menschen - auch die mutmaßlichen „Leistungsträger*innen“ - haben über Monate hinweg plötzlich ein Grundeinkommen in Form der Corona-Hilfsmaßnahmen bezogen. Oder sie kennen zumindest Menschen im privaten und beruflichen Umfeld, die nur durch diese Hilfen halbwegs gut durch die Krise gekommen sind. Die sogenannten Corona-Hilfsmaßnahmen wurden damit zum „größten Feldexperiment der Geschichte“ für ein Bedingungsloses Grundeinkommen und gleichermaßen zur überlebensnotwendigen Realität vieler. Unbestritten ist, dass die Maßnahmen teuer, aber wichtig sind und waren. Damit konnte ein großer Teil der unmittelbaren Existenzsorgen abgefedert werden. Die Menschen nutzten die Zeit, sich auf die verändernden Umstände einzustellen und sich für die Welt nach Corona vorzubereiten.

Ein Grundeinkommen befreit also Menschen von Überlebensängsten. Wir alle können davon profitieren, wenn wir diese neuen Freiräume für mehr Innovation, Kreativität und Ökologisierung nützen. Auch die Frage, wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen finanziert werden kann, hat an Bedeutung und Schwere verloren. Denn wir haben jetzt gesehen, dass genug Geld vorhanden ist. Es muss nur von denjenigen, die darüber die Verfügungsgewalt haben, richtig verteilt und verwendet werden!

➔

Bernhard Seeber
Ich bin Unternehmer in Linz, Sprecher der Grünen Wirtschaft OÖ und Mitglied des Vorstandes der Grünen Wirtschaft Österreich. Für mich leistet das Grundeinkommen einen wichtigen Beitrag für die soziale Stabilität und ist essenziell für die Transformation und Ökologisierung unseres Wirtschaftssystems.

Diese aktuellen Erfahrungen aus der Corona-Zeit gehören daher dringend wissenschaftlich aufgearbeitet. Die Konzepte eines Bedingungslosen Grundeinkommens müssen dementsprechend adaptiert und diskutiert werden. Dabei muss uns bewusst sein, dass die Realisierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens nur im Zusammenhang mit einer Neukonzeption unserer Steuersysteme funktionieren kann. Denn Arbeit ist zu hoch besteuert und knappe Ressourcen und klimaschädliches Verhalten brauchen endlich einen fairen Preis. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist somit weit mehr als ein Instrument zur gerechteren Einkommensverteilung. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist eine systemische Veränderung, die die Gesellschaft nachhaltig positiv beeinflussen wird.

Ich bin überzeugt, dass nun mehr denn je die Bereitschaft und Offenheit für eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung und Diskussion für ein Bedingungsloses Grundeinkommen da sind. Auch ehemalige Skeptiker*innen werden sich heute vor dem Hintergrund der persönlichen Corona-Erfahrungen eine moderne, nachhaltige, emanzipierte und selbstbewusste Gesellschaft mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen besser vorstellen können.

Für Zukunftsforscher*innen wie Lars Thomsen, Richard David Precht und eine Reihe von Wirtschaftsexpert*innen wie Warren Buffet, die Beratungsunternehmen McKinsey & Company und die Boston Consulting Group und viele andere Vordenker*innen ist die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens längst klar und ausschließlich eine Frage der Zeit. Wir haben jetzt die Chance, aus den Erfahrungen der letzten Zeit zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

„Ich liebe radikales Denken, das vernünftig ist.“

Karlheinz Deschner

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE): Utopie oder realistische Alternative?

„Was sagt die Wissenschaft dazu?“ von Friedrich Schneider und Elisabeth Dreer

1. STAND DER FORSCHUNG

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE bzw. Universal Basic Income UBI, engl.) ist mittlerweile in der öffentlichen Diskussion angekommen - insbesondere, wenn es um die Herausforderungen der Zukunft und den damit einhergehenden Reformbedarf des Sozialstaates geht. Eine bedingungslose und regelmäßig zu gewährende, individuelle staatliche Transferleistung wäre eine radikale Alternative zum bestehenden System der sozialen Sicherung.

Bereits in den 1920er Jahren wurde im Nachkriegsengland sowie in den 1960er und 1970er Jahren in Nordamerika die Einführung eines Grundeinkommens diskutiert. Einige kleine Feldversuche gab es schon, etwa in Kanada (1974 – 1979), Namibia (2009) oder noch aktuell in Kenia (www.GiveDirectly.org, seit 2016). Experimentelle Versuche gab es beispielsweise in Finnland mit rund 2.000 arbeitslosen Personen (vorzeitig abgebrochen, 2017 – 2018) und in Kanada (Ontario) mit rund 4.000 einkommensschwachen Haushalten (vorzeitig abgebrochen, 2017). Eine private Initiative wird in Deutschland durchgeführt, das BGE wird dabei zeitlich begrenzt an ausgeloste Personen ausbezahlt (mein-grundeinkommen.de). Diese Initiativen waren lokal begrenzt und wurden oft aus finanziellen Gründen abgebrochen. Derzeit ist das Thema wieder „in Mode“ gekommen. Die Abstimmung über ein Grundeinkommen in der Schweiz 2016 brachte zwar eine Ablehnung der Forderung, jedoch geht die Diskussion auch in anderen Ländern weiter.

Die wissenschaftliche Diskussion zum Thema ist bereits weit fortgeschritten, wie ein Artikel im renommierten Journal of Economic Literature (Calsamiglia und Flamand, 2019) über eine umfassende Monographie zum BGE von Van Parijs und Vanderborght (2017) zeigt. Auch Hoyes und Rothstein (2019) liefern einen umfassenden Überblick über unterschiedliche Konzepte und Pilotprogramme weltweit. Hinsichtlich der Finanzierbarkeit beziehungsweise möglicher Quellen zur Finanzierung eines BGE zeichnet sich in der wissenschaftlichen Diskussion kein einheitliches Bild ab (siehe z.B. Schupp, 2020, oder Conesa et al., 2020). Calsamiglia und Flamand (2019) führen das auf die Unterschiedlichkeit der verschiedenen BGE-Konzepte zurück.

Breit diskutierte Aspekte sind zum einen die Vorteile eines BGE gegenüber „herkömmlichen“ Haushaltstransfers im Hinblick auf die einfachere Verwaltung und die Reduktion des „Non-Take-up“, d.h. das Problem, dass Sozialtransfers nicht bezogen werden, obwohl Anspruch bestünde (siehe z.B. Boccadoro, 2014, Daigneault et al., 2012, UK Department of Work and Pensions, 2017). Zum anderen ist die Literatur zu den Arbeitsmarkteffekten der Automatisierung / Digitalisierung relevant. Vielfach wird postuliert,

➔

em.o.Univ.Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Friedrich Georg Schneider
ist Fachmann für die Forschungsdisziplinen Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, Untergrundwirtschaft, Geldwäsche und Organisierte Kriminalität; er beschäftigt sich auch intensiv mit der ökosozialen Marktwirtschaft und dem bedingungslosen Grundeinkommen. Er ist Ehrendoktor zahlreicher Universitäten, Mitglied zahlreicher Organisationen, u.a. im Board des IIPF, International Institute of Public Finance.

➔ dass die Arbeitsnachfrage aufgrund zunehmender Automatisierung sinken wird, und in weiterer Folge ein BGE umzusetzen wäre, da wesentlich mehr Menschen als bisher auf Transfereinkommen angewiesen sein werden. Schließlich nimmt die Diskussion zu den Effekten des BGE auf das Arbeitsangebot breiten Raum ein. Haigner et al. (2012a, 2012b) bzw. Jones und Marinescu (2018) zeigen in diesem Zusammenhang, dass das angebotene Stundenausmaß durch ein BGE sinkt, die Partizipation am Erwerbsarbeitsmarkt jedoch annähernd konstant bleibt. Schneider und Dreer (2017) geben einen Überblick über die in der jüngeren Vergangenheit entwickelten BGE-Konzepte.

Die vorliegenden BGE-Konzepte haben keinen einheitlichen Rahmen. Sie basieren in der Regel am Status quo, d.h. etwaige Anpassungsreaktionen im Hinblick auf das Arbeitsangebot bzw. die Arbeitsnachfrage wurden nicht getroffen – sie sind nach Einführung des BGEs jedoch wahrscheinlich. Unterschiedliche Auswirkungen auf die Branchen und Beschäftigungsverhältnisse, auf das Verhalten der Individuen (Stichwort Steuervermeidung, Migrationsanreiz, etc.) werden kaum thematisiert und schon gar nicht quantifiziert.

In der angewandten wissenschaftlichen Diskussion wird häufig von folgenden Prämissen ausgegangen: Das BGE wird nur in Österreich eingeführt. Die Höhe des BGE soll laut Definition ein „menschenwürdiges Leben ermöglichen". Das BGE wird monatlich ohne weitere Bedingungen an jedes Mitglied der österreichischen Wohnbevölkerung vom Staat ausbezahlt und ist an keine Bedingungen geknüpft (z.B. Arbeitsbereitschaft). Als Wohnbevölkerung gelten jene Menschen mit Hauptwohnsitz in Österreich.

Die meisten BGE-Konzepte beruhen auf einer der folgenden zwei Finanzierungsvarianten, nämlich der BGE-Finanzierung entweder in Form einer (negativen) Einkommensteuer oder in Form einer konsumsteuerfinanzierten Variante. In der einkommensteuerbasierten Variante wird zur Finanzierung eine neue Einkommensteuer (oft als Einheitssteuer (Flat Tax), aber auch mit progressiven Grenzsteuersätzen) erhoben. In der konsumsteuerfinanzierten Variante entfallen diese Steuern und auch die Sozialabgaben gänzlich, wodurch Bruttoeinkommen und Nettoeinkommen bzw. Brutto- und Nettolöhne ident sind.
In der konsumsteuerfinanzierten BGE-Variante erfolgt die Finanzierung sämtlicher Staatsaufgaben hauptsächlich über eine umfassende Konsumsteuer, die auf den Nettopreis der Produkte und Dienstleistungen aufgeschlagen wird. Die Nettopreise beinhalten – anders als im Status quo – jedoch keinerlei Einkommensteuern und sonstige Abgaben! Die Konsumsteuer wird in zwei Steuersätze differenziert: Die klassische Konsumsteuer gilt für im Inland verkaufte Produkte und Dienstleistungen, während die Exportsteuer auf den Nettopreis der Exportgüter aufgeschlagen wird (damit werden die Exportpreise auf das derzeitige Export-Preisniveau angehoben). Ergänzend zur Konsum- bzw. Exportsteuer tragen ggf. eine Vermögensteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder spezifische Verbrauchssteuern (z.B. Energie- oder CO2-Steuern) zur Finanzierung des Staates bei. Diese Steuereinnahmen-Ergänzung wird auch bei den einkommensteuerbasierten BGE-Konzepten berücksichtigt.

2. EINIGE AUSFÜHRUNGEN ZUR REALISIERBARKEIT UND AUSGESTALTUNG

Die Realisierbarkeit eines Grundeinkommens hängt in erster Linie von dessen Ausgestaltung und damit seiner langfristigen Finanzierbarkeit ab. Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung eines BGEs determinieren die kurz- und die mittel- bis langfristigen Auswirkungen. Entscheidend wird unter anderem sein, welche verfügbaren Einkommen die Wirtschaftssubjekte nach der BGE-Einführung zu erwarten haben, welche Sozialleistungen weiter bereitgestellt und welche Steuern weiter eingehoben werden. Die langfristige Finanzierung hängt dabei insbesondere von den Finanzierungskonzepten ab. In der BGE-Literatur werden unterschiedliche Konzepte angesprochen, angefangen von der generellen Umgestaltung des Steuer- und Sozialsystems in Österreich (ATTAC 2020) zur Finanzierung eines BGEs, über die Auszahlung eines BGEs via eine sogenannte negative Einkommensteuer (z.B. Thomas Straubhaar, 2007 bis HWWI, 2014) oder das Konzept eines BGEs in Kombination mit einer Konsumbesteuerung (Götz Werner, dm-Gründer). Neuere einkommensteuerbasierte Modelle zeigen, dass eine Umgestaltung des bestehenden Systems mit einem BGE als steuerfreiem Sockeleinkommen für alle möglich ist (z.B. „Linzer-Modell“).

2.1 BGE-FINANZIERUNG VIA NEGATIVE EINKOMMENSTEUER

Eine „negative Einkommensteuer“ ist eine auszahlbare Steuergutschrift, die bezogen wird, wenn kein eigenes Einkommen beziehungsweise ein Einkommen unter einer definierten Einkommensgrenze (BGE = Transfergrenze) vorliegt. Diese Steuergutschrift verringert sich mit steigendem Einkommen bis zur Transfergrenze auf null. Erst bei einem eigenen Einkommen über der Transfergrenze setzt die positive Besteuerung ein. Die Verrechnung von BGE und Steuern bedingt eine Einkommensprüfung, sodass die Bedingungslosigkeit in Bezug auf die Einkommensprüfung nicht gegeben ist. Zudem ist das BGE lediglich eine Teil-Aufstockung bis zur Transfergrenze (ohne eigene Einkommen wird das BGE zur Gänze ausbezahlt). Eine Auszahlung des BGEs vor der Einkommensprüfung ist ebenfalls möglich. Dies ist die Variante der Sozialdividende. Hier wird das BGE jedem Gesellschaftsmitglied unabhängig vom eigenen Einkommen - und somit vor der Versteuerung der eigenen Einkommen - ausbezahlt. Andere Einkommen werden weiter mit einer (höheren) Einkommensteuer besteuert. Diese originäre Art der Grundeinkommensidee spiegelt den Grundgedanken wider, nachdem das BGE ohne steuer- bzw. sozialrechtliche Prüfung ausbezahlt wird. Dadurch ergibt sich jedoch ein weitaus höheres Umverteilungsvolumen als bei der negativen Einkommensteuer per se.

2.2 BGE-FINANZIERUNG VIA EINKOMMENSTEUERRÜCKFLÜSSE

Eine BGE-Variante (“Linzer-Modell“) basiert weiterhin auf der Einkommensbesteuerung und sieht das BGE als steuerfreies Sockeleinkommen vor. Das Grundeinkommen erhalten alle Personen mit Lebensmittelpunkt in Österreich, und es wird zwölfmal pro Jahr ausbezahlt. Personen ohne steuerbares Einkommen erhalten das BGE als Sozialtransfer. Alle Personen mit steuerbaren

Dr.in Elisabeth Dreer, MSc.
(Jg 1965) arbeitete als Universitätsassistentin an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und anschließend am Forschungsinstitut für Bankwesen an der Johannes Kepler Universität Linz, wo sie zahlreiche Studien gemeinsam mit em. Univ. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Friedrich Schneider verfasste. Insbesondere Themen zur Nachhaltigkeit - auch in sozialen Fragen - brachte sie zum Grundeinkommen, wo sie vor allem an Fragen der Umsetzbarkeit interessiert ist.

➔

→ Einkommen erhalten ebenfalls das BGE als Sockeleinkommen. Andere steuerpflichtige Einkommen werden mit neuen ESt-Sätzen versteuert. Zuverdienst verringert somit das BGE nicht! Das Grundeinkommen wird im „Linzer-Modell“ steuerfrei ausbezahlt und ersetzt damit die erste Einkommensteuerstufe (Annahme: 12.000 Euro BGE p.a.= 0% ESt). Jedes weitere Einkommen ist steuerpflichtig zu neuen ESt-Grenzsteuersätzen. Das BGE erhöht folglich die Basis für die ESt-Berechnung aller Personen! Im „Linzer-Modell“ wird somit das BGE für alle steuerfrei ausbezahlt. Jedes zusätzliche Einkommen wird entsprechend der neuen Steuertarife versteuert.

2.3 BGE-FINANZIERUNG VIA KONSUMSTEUER

Das Konzept der Konsumsteuer sieht die Abschaffung sowohl der Einkommensteuer als auch der einkommensabhängigen Sozialabgaben vor („Modell Generation Grundeinkommen“). Die dadurch niedrigeren Herstellkosten für Güter und Dienstleistungen werden mit einer „Konsumsteuer“ beziehungsweise für den Export mit einer „Exportsteuer“ belegt. Inlandskonsum und Exporte unterliegen unterschiedlichen Steuersätzen, da die Exportsteuer so kalibriert werden muss, dass die Verkaufspreise der Exportgüter trotz Umstellung von Einkommens- auf Konsumbesteuerung über alle exportierten Produkte und Dienstleistungen annähernd konstant bleiben. Dies deshalb, da die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Firmen auf den internationalen Märkten und im Ausland gewährleistet bleiben soll. Wesentlich ist die mit der Konsumbesteuerung intendierte Entlastung des Faktors Arbeit (keine einkommensbezogenen Steuern und Sozialabgaben) bei gleichzeitiger Auszahlung eines BGEs.

Tabelle: Zwei BGE-Varianten mit Berechnungen für Österreich

Quelle: Vortragsunterlage Ringvorlesung „Ein Tausender mehr?“, Schneider, Dreer, Wakolbinger, 2021.

Zwei Modelle	„Linzer Modell“ Verein „Das Grundeinkommen“ (Paul Ettl)“	Modell „Generation Grundeinkommen“ Verein „Generation Grundeinkommen“ (Helmo Pape, Ingrid Farag)
Zwei Konzepte	Einkommenssteuer	Konsumsteuer
Kosten für BGE (1000 € / 500 €)	**ca. 97 Mrd. Euro**	
Effektiver Finanzierungsbedarf	rd. 32 Mrd. Euro Unter Berücksichtigung von → Rückflüssen aus neuer ESt → Einsparungen bei Haushalts-transferleistungen	rd. 28 - 53 Mrd. Euro Unter Berücksichtigung von → Einsparungen bei Haushalts-transferleistungen → Einsparungen bei Ausgaben für Öffentlich Bedienstete

Derzeit liegen erste Berechnungen für zwei der oben genannten Varianten für Österreich vor, nämlich das sog. „Linzer Modell“ vom Verein Grundeinkommen und das „Modell Generation Grundeinkommen“ vom Verein Generation Grundeinkommen (vgl. Tabelle Seite 32). Das „Linzer Modell“ ist einkommensteuerbasiert und berücksichtigt ein BGE im Sinn einer Sozialdividende (und nicht als negative Einkommensteuer). Das Modell der Generation Grundeinkommen ist konsumsteuerbasiert und damit ein „radikalerer“, aber gleichzeitig sozialpolitisch interessanter Ansatz zur Umgestaltung des Sozialsystems, da die Steuern und Abgaben auf Einkommen (und damit auf den Produktionsfaktor Arbeit) entfallen.

2.4 EINSPARUNGEN IM SOZIALBEREICH

Ein weiterer Aspekt der Finanzierung ist die Frage, welche Sozialleistungen durch ein BGE in Österreich ersetzt werden können. Hier wird in vielen Studien (Petersen (1995), Schneider und Dreer (2016, 2017)) das Spannungsfeld zwischen Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit diskutiert und es werden Einsparungsvorschläge abgeleitet. Beispielsweise wird in der Studie von Schneider und Dreer (2017) die öffentliche Diskussion beim Thema Grundeinkommen im Spannungsfeld zwischen „Sozialromantik“ und „Weg der Zukunft“ aufgezeigt. Die Frage, wie die Gesellschaft in Zukunft „funktionieren“ wird, ist derzeit noch offen. Das Grundeinkommen soll die Existenz der Bürger*innen in einem Land absichern und wird ohne Auflagen ausbezahlt, dafür würden eine Reihe von Transferleistungen des Staates entfallen (z.B. Familienbeihilfe, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Pensions-Ausgleichzulagen, etc.).

2.5 DIE FRAGE DER AKZEPTANZ UND DER ARBEITSANREIZE

Wird das BGE über eine Einkommensteuer finanziert, so beeinflussen Veränderungen des Arbeitsangebots und gleichzeitige Veränderungen der Stundenlöhne die Bemessungsgrundlage der Einkommensbesteuerung. Erste Studien (siehe z.B. Haigner et al., 2012a, 2012b, GAW, 2016) wurden auf Basis von Befragungen, ökonomischen Experimenten und Mikrosimulation durchgeführt. Sie zeigen übereinstimmend folgenden Effekt: Die Partizipation am Erwerbsarbeitsmarkt geht nur unwesentlich zurück, während die Erwerbstätigen das gearbeitete Stundenausmaß um etwa 10%-20% reduzieren.

2.6 FLUCHT IN DIE SCHATTENWIRTSCHAFT (PFUSCH)

Bei beiden Finanzierungsvarianten des BGE gibt es starke Anreize zum Ausweichen in die Schattenwirtschaft. Hierzu gibt es eine Vielzahl von Studien, von denen nur einige, die zu dieser Thematik passen, hier kurz wiedergegeben werden. Im umfassenden Buch von Schneider und Enste (2002) zu dieser Thematik werden die theoretischen Ansätze zu den Anreizstrukturen, warum „schwarz” gearbeitet wird, analysiert. Insbesondere wird auch die Frage diskutiert, wie sich eine starke Besteuerung auf das Verhalten, „schwarz” zu arbeiten, auswirkt. Die Autoren stellen fest, dass zwar mit steigender Steuerlast die Schattenwirtschaft zunimmt, aber dies auch wesentlich davon abhängt, wie ausreichend und qualitativ gut das Angebot an staatlichen Gütern und Dienstleistungen ist. In der Monografie von Williams und Schneider (2016) werden sehr

„Es braucht ein Fundament, so etwas wie ein Grundauskommen, damit die Menschen ihrer Neigung, ihrer Fähigkeit, ihrem Können und ihren Wünschen nachgehen können.“

Adrienne Goehler

➔

➔ detailliert theoretisch, aber auch empirisch der Arbeitsmarkt und seine Wechselwirkungen zur Schwarzarbeit analysiert.

Mit den Rahmenbedingungen zum BGE müssen folglich auch die Reaktionen des Staates hinsichtlich der Verringerung der Schattenwirtschaft und die Überprüfung dieser Reaktionen auf die offizielle Wirtschaft berücksichtigt werden.

3. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Das BGE wird seit einigen Jahren auch in der Wissenschaft intensiv diskutiert. Die wissenschaftliche Diskussion zeigt, wie schwierig es ist, die Vor- und Nachteile, aber auch die Einführung und die damit verbundene Umstellung unserer Wirtschaft ausgewogen zu analysieren. Viele Probleme, wie beispielsweise die Problematik des Zuzuges bzw. wer hat wann Anspruch auf ein BGE (z.B. nur österr. Staatsbürger*innen, EU-Bürger*innen oder alle?) oder wie wird „bordershopping“ verhindert oder gibt es inflationäre Tendenzen, müssen weiter wissenschaftlich bearbeitet werden. Das BGE als Reformansatz des Sozialstaates ist jedoch mittlerweile in der wissenschaftlichen Diskussion fest verankert und viele offene Fragen werden einer Lösung nähergeführt. Aus Sicht der Autor*innen ist daher die Einführung eines BGE oder zumindest zuerst einmal die Einführung einer bedingungslosen Grundsicherung keine Utopie mehr, sondern wird immer mehr zu einer realistischen Alternative.

LITERATUR

ATTM (2019), Austrian-Tax-Transfer Model. Mikrosimulationsmodell der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) zur Analyse von Reformen des österreichischen Steuer- und Sozialsystems.

Autor, D. (2015), Why are There Still so Many Jobs? The History and Future of Workplace Automation. Journal of Economic Perspectives 29(3), 3-30.

Autor, D., Levy, F., Murnane, R. (2003), The Skill Content of Recent Technological Change: An Empirical Exploration. Quarterly Journal of Economics 118(4), 1279-333.

Bach, S., Haan, P., Hoffmeister, O., Steiner, V. (2006), Increasing the value added tax to refinance a reduction of social security contributions? A behavioral microsimulation analysis for Germany. Mimeo, DIW Berlin.

Boccadoro, N. (2014), Non-Take-up of Minimum Income Schemes by the Homeless Population. Analysis and Road Map for Adequate and Accessible Minimum Income Schemes in EU Member States. Brussels, European Commission.

Brülhart, M., Gruber, J., Krapf, M., Schmidheiny, K. (2016), The Elasticity of Taxable Wealth: Evidence from Switzerland. NBER Working Paper 22376.

Curci, N., Savegnagno, M. 2019, Shifting taxes from labour to consumption: the efficiency-equity trade off, Number 1244, Banca d'Italia.

Calsamiglia, C., Flamand, S. (2019), A Review on Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy by Philippe Van Parijs and Yannick Vanderborght. Journal of Economic Literature 2019, 57(3), 644-658.

Conesa, J.C., Li, B., Li., Q. (2020), Universal Basic Income and Progressive Consumption Taxes. Working Paper 2020-01, Stony Brook University.

Daigneault, P.-M., Jacob, S., Tereraho, M., (2012), Understanding and Improving the Take-up of Public Programs: Lessons Learned from the Canadian and International Experience in Human Services. International Journal of business and Social Science 3(1), 39-50.

Deaton, A., Muellbauer, J. (1980), An Almost Ideal Demand System. American Economic Review 70(3), 312-26.

Eckerstorfer, P., Steiner, V., Wakolbinger, F. (2013), Steuerreformvorschläge in der Diskussion: Eine Mikrosimulationsanalyse der Aufkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkun-

gen für Österreich.

EU-SILC (2018), European Survey on Income and Living Conditions. Mikrodaten, repräsentativ für die österreichischen Haushalte, Welle 2018. Bereitgestellt durch Statistik Austria.

Gentilini, U., Grosh, M., Rigolini, J., Yemtsov, R. (2020), Exploring Universal Basic Income: A Guide to Navigating Concepts, Evidence, and Practices (eds.). World Bank, Washington, License Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO.

Haigner, S., Höchtl, W., Jenewein, S., Schneider, F., Wakolbinger, F. (2012a), Keep On Working: Unconditional Basic Income in the Lab. Basic Income Studies 7(1).

Haigner, S., Jenewein, S., Schneider, F., Wakolbinger, F. (2012b), Ergebnisse der ersten repräsentativen Umfrage in Deutschland zum Bedingungslosen Grundeinkommen. In: Werner, G., Eichhorn, W., Friedrich, L. (2012). Das Grundeinkommen, Würdigung, Wertungen, Wege. KIT Scientific Publishing.

Hoyes, H., W., Rothstein, J. (2019), Universal Basic Income in the US and Advanced Countries. Annual Review of Economics, 11:929.

IOT (2020), Input-Output-Tabelle für Österreich. Entnommen aus der Eurostat-Datenbank. Werte für das Jahr 2016, mit BIP-Wachstum hochgerechnet auf das Jahr 2018.

Jones, D., Marinescu, I. (2018), The Labor Market Impacts of Universal and Permanent Cash Transfers: Evidence from the Alaska Permanent Fund. NBER Working Paper 24312.

Konsumerhebung (2016), Mikrodaten der von Statistik Austria 2014/15 durchgeführten Konsumerhebung.

Krenek, A, Schratzenstaller, M. (2017), Sustainability-oriented Future EU Funding: A European Net Wealth Tax. Fair-Tax Working Paper Series No. 10.

Neumann, F. (2008), Gerechtigkeit und Grundeinkommen, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Petersen, Hans-Georg; (1995), Pro and Cons of a negative Income Tax, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge Nr.2. Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Potsdam 1995.

Piketty, T. (2014), Capital in the 21st Century. Cambridge M.A. Harward University Press.

Schäfer, D. (2015), Fiscal and Economic Impacts of a Limited Financial Transaction Tax. DIW Politikberatung kompakt., Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Schneider, F., Dreer, E. (2017), Grundeinkommen in Österreich? Studie im Auftrag der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS).

Schneider, F., Dreer, E. (2016), „Maschinensteuer“ oder „Wertschöpfungsabgabe“ - Vor- und Nachteile, Universität Linz, Studie im Auftrag des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich, 2016.

Schneider, F., Enste, D. (2002), The Shadow Economy: Theoretical Approaches
Empirical Studies and Political Implications, Cambridge University Press, Cambridge (UK).

Schneider, F., (editor, 2011), Handbook on the Shadow Economy
Edward Elgar Publishing Company, Cheltenham (UK).

Schulmeister, S. (2007), Eine generelle Finanztransaktionssteuer. Konzept, Begründung, Auswirkungen. WIFO Working Paper 352.

Schupp, J. (2020), Bedingungsloses Grundeinkommen: Viel Zustimmung, aber auch große Ablehnung, Wirtschaftsdienst 100 (2), 112-116.

UK Department of Work and Pensions (2017), Income-Related Benefits: estiamtes of Take-up: Financial Year 2015/16. UK Official Statistics. September 14.

Van Parijs, P., Vanderborght, Y., F. (2017), Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy, Harvard University Press.

Voruba, G. (2017), Das Grundeinkommen in der Utopiefalle. Der Standard am 3. November 2017.

Vortragsunterlage (2021), Ein BGE in Österreich: Utopie oder realistische Alternative? Schneider, F., Dreer, E., Wakolbinger, F.; Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ein Tausender mehr?“ Das Bedingungslose Grundeinkommen am 22. April 2021 in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Grundeinkommensidee, der Katholischen Privatuniversität Linz und der Volkshochschule Linz.

Williams, C.C. and Schneider, F., (2016), Measuring the Global Shadow Economy: The Prevalence of Informal Work and Labor,

Edward Elgar Publishing Company, Cheltenham (UK).

Den Sozialstaat weiter entwickeln – Evolution statt Revolution

Von Ernst Sperl

Ernst Sperl
Geb. 1953, lebt im Innviertel und hat fünf erwachsene Kinder. Er ist Grundeinkommensbezieher in Form einer Pension und war beruflich 32 Jahre Bankprüfer und Genossenschaftsrevisor.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe hat enorme Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Ängste vor diesen Änderungen sind verständlich. Um eine moderate Umgestaltung einzuleiten, schlage ich einen niedrigen Betrag von 590 Euro pro Monat und pro Person vor.

Dieser „Einstieg" in das Grundeinkommen benötigt keine Systemänderung. Lediglich die Steuersätze bis € 31.000 Jahreseinkommen (0%, 20%, 35%) werden auf den Steuersatz von 42% für Jahreseinkommen über € 31.000 angehoben. Die sich dadurch ergebende höhere Steuerlast für Jahreseinkommen über € 31.000 von knapp € 600 monatlich wird als Steuerabsetzbetrag gewährt.

Für Einkommen über € 2.600 monatlich ändert sich nichts. Bei einem Einkommen von monatlich € 1.500 sind Steuer und Steuerabsetzbetrag (Grundeinkommen) gleich hoch. Bei Einkommen unter € 1.500 monatlich wird der Steuerabsetzbetrag (zum Teil) als Negativsteuer ausbezahlt.

Dieser „Einstieg" in das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt kaum bestehende Sozialleistungen. Dies verringert Ängste vor Sozialabbau. Der Betrag ist so niedrig, dass fast alle dazuverdienen möchten bzw. müssen, wenn keine finanziellen Reserven vorhanden sind.

Die Zahlungen werden in Form einer Negativsteuer vom Finanzamt monatlich ausbezahlt. Die Antragstellung erfolgt über Finanz-Online. Im laufenden Jahr werden die schon beim Finanzamt bekannten Einkommen mit den vom Steuerpflichtigen geschätzten weiteren Einnahmen als Berechnungsbasis verwendet. Endgültig abgerechnet wird mit dem Jahresausgleich im nächsten Jahr.

Für die Steuerreform 2021 waren ursprünglich rund € 5 Mrd. pro Jahr vorgesehen. Mein Grundeinkommensmodell kostet rund € 10 Mrd. Im Vergleich zu den bisherigen Corona-Hilfsmaßnahmen ein geringer Betrag.

DIE VISION: GENUG ERWERBSARBEITSPLÄTZE

Aus Angst vor Arbeitsplatzverlust arbeiten viele Menschen mehr, als sie eigentlich wollen bzw. aus finanziellen Gründen müssten. Vorübergehend aus dem Erwerbsleben auszusteigen, trauen sich viele nicht, weil sie Angst haben, danach keinen guten Erwerbsarbeitsplatz zu bekommen.

Mit Grundeinkommen werden diese Menschen motiviert, weniger bzw. nicht zu arbeiten (z.B. Sabbatical). Es gibt keine Angst mehr vor ungewollter Erwerbsarbeitslosigkeit, weil einerseits der Arbeitsmarkt genug Möglichkeiten bietet und andererseits die Arbeitslosigkeit auf Grund des Grundeinkommens nicht mehr so gefürchtet ist.

Das Geld ist da. Eine Finanzierung ist möglich.

Ein souveräner Staat kann auf legale Weise so viel Geld erzeugen, wie er will. Die Aussage „Es ist kein Geld da“ bedeutet immer: Es sind kein politischer Wille und Konsens da, für bestimmte Staatsaufgaben Geld auszugeben. Anstatt wie früher Münzen zu prägen und herauszugeben, weist das Finanzministerium heute die Zentralbank an, das Zentralbankkonto der Bank eines Zahlungsempfängers / einer Zahlungsempfängerin zu erhöhen. Die Bank des Zahlungsempfängers erhöht das Girokonto des Zahlungsempfängers / der Zahlungsempfängerin. Sobald ein Staat Ausgaben tätigt, erhöht sich dadurch die Geldmenge. Der Staat nimmt seinen Bürger*innen bei Staatsausgaben nichts weg. Im Gegenteil: Neues Geld landet auf unseren Konten. Die Schulden des Staates sind unsere Vermögen. Sie liegen auf unseren Bankkonten. Allerdings sind sie schlecht verteilt. **[1]**

Die wirklichen Grenzen auf unserem instabil gewordenen Planeten liegen bei seinen natürlichen Ressourcen. Gesunder Boden, Klima, die Art und Weise, wie sich das Wasser verteilt, die Geschwindigkeit des Golfstroms, die menschliche Gesundheit, die menschliche Begabung und der Wille, sich zu bilden, die geistigen Fähigkeiten und das auf einer Makroebene sehr schwach ausgeprägte Vermögen, miteinander friedlich auszukommen. Für diese Untauglichkeit stehen jährlich 2,2 Billionen Dollar Militärausgaben zur Verfügung.

Das Finanzierungsproblem stellt sich auch für den Nationalökonomen, Theologen und Jesuiten Oswald von Nell-Breuning nicht. Da wir nicht vom Geld, sondern von Gütern und Dienstleistungen leben, sagt er, stelle sich nur die Frage, ob eine Gesellschaft in der Lage ist, in ausreichender Menge Güter und Dienstleistungen zu produzieren, von denen Menschen leben wollen. Das Geld hat seinen Wert nur durch Güter und Dienstleistungen, für die es steht, publiziert Oswald Nell-Breuning. Der Reichtum der Gesellschaft hängt von ihrer Produktivität ab, nicht vom Geld.

Exakt dasselbe sagt der langjährige Vorsitzende der amerikanischen Zentralbank Alain Greenspan. Im März 2005 antwortete er dem jungen Republikaner Paul Ryan: „Ich würde nicht sagen, dass die zukünftigen Rentenzahlungen unsicher sind, da es nichts gibt, was den Staat davon abhält, beliebig viel Geld zu schöpfen und es an jemanden auszuzahlen. Die relevante Frage ist, wie konstruieren wir ein Wirtschaftssystem, das die Produktion der benötigten realen Güter und Dienstleistungen, die mittels Renteneinkommen gekauft werden, sicherstellt.“ **[2]**

Staaten erzeugten zur Stabilisierung des Finanzsystems nach einem politischen Entschluss weltweit Geld. Die EZB schuf durch ein Manöver, das sich quantitative easing **[3]** nennt, mindestens 2,8 Billionen Euro. Punktestände bei der Zentralbank, bei den Geschäftsbanken und in

Von Johanna Tschautscher

Johanna Tschautscher
*ist Schriftstellerin und Regisseurin und realisiert Dokumentarfilme, Künstler*innenporträts, Kurzfilme. Darüber hinaus schreibt sie Romane, Hörspiele und Drehbücher.*

➔

den Finanzministerien verschoben sich. Am Ende ist alles immer ausgeglichen. Die Verbindlichkeit, auch Schuld genannt, des einen, ist das „frische Geld“ des anderen. Im Moment wird zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaften auf Grund der Corona-Pandemie in Europa an vergleichsweise nur 750 Milliarden Euro gedacht.

INFO-GRAFIK

Offshore-Finanzplätze
21-38 Billionen Dollar
Quelle: NGO Tax Justice Network

Handelsvolumen Aktien 2019
119 Billionen Dollar
Quelle: de.statista.

Außerhalb von Börsen gehandeltes Derivatevolumen 2020
604,6 Billionen Dollar
Quelle: BIZ, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Addieren Sie diese Summen nicht. Es ist komplizierter. Bestimmte Geldmengen müssen, können und werden durch legale Manöver wieder in „Geld“ umgewandelt. (Nähere Informationen: www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/geldmengen.html)
Ein Mitarbeiter der österreichischen Finanzmarktaufsicht hält jährlich an der FH St. Pölten für Finanzkommunikation Gastvorträge. Vor den Studierenden betont er jedes Mal, die Konstruktionen im Finanzsektor, den Unternehmensbeteiligungen, Aktienvolumina und dem Derivatehandel sowie den Off-Shore-Plätzen sind nicht mehr durchschaubar.

Ein souveräner Staat steuert durch Steuern. Er steuert durch Gesetze und Parlamente. Einem souveränen Staat kann Geld nicht ausgehen. Geld ist kein Bodenschatz. Geld ist nicht vom Wetter abhängig. Nicht vom Klima. Geld ist kein Naturprodukt. Geld ist immer dann da, wenn ein souveräner Staat entscheidet, es für eine bestimmte Staatsausgabe zu erzeugen.

Wenn zu viel Geld erzeugt wird, steigen laut Wirtschaftstheorie die Preise. Ein Jahr nach dem ersten Lockdown und den frisch erzeugten Corona-Milliarden sehen Expert*innen der Nationalbank und der Denkfabrik Agenda Austria keine nennenswerte Inflation voraus. Preissteigerungen, also Inflation, kann laut Wirtschaftsprofessor*innen wie John Kenneth Galbraith und einigen Denker*innen mehr auch über Steuerpolitik ausbalanciert werden.

Geld und Finanzierung eines Grundeinkommens sind grundsätzlich kein Problem. In Österreich wurden bereits mit wissenschaftlichem Hintergrund funktionierende Modelle erarbeitet. In dieser Broschüre werden sie bewusst nicht akribisch vorgestellt. Es geht um Information, Emanzipation, Mitbestimmung der Zivilgesellschaft, Dialog, das Ausbalancieren von Interessen, Beteiligung und Verantwortung. Es geht nicht darum, dass zu wenig Geld da wäre.

Emanzipation leitet sich vom lateinischen Wort emancipatio ab, das „Entlassung des Sohnes

aus der väterlichen Gewalt“ oder auch die „Freilassung eines Sklaven/einer Sklavin“ bedeutet. Wenn wir einander aus der „Herrschaft“ eines alten Systems entlassen, weil wir einander ein Grundeinkommen zugestehen, wenn Menschen nicht mehr zu den „working poors“ gehören, nach einem Gefängnisaufenthalt nicht vor dem finanziellen Nichts stehen, nicht in einem Unternehmen arbeiten müssen, zu dessen Werten sie nicht stehen, wenn Menschen nicht aus Angst vor Arbeitsverlust der Omertá, dem Gesetz des Schweigens verfallen, werden sie in eine von Menschenrechten gestützte und ausformulierte Freiheit entlassen und sind nicht mehr finanziell beherrscht. Wer sich befreien lassen will, wird für sich selbst bestimmen müssen. Das ist fantastisch und unangenehm zugleich. Emanzipation bedeutet Eigenverantwortung, Mitbestimmung, aktives Gestalten und die Entwicklung eines Verantwortungsgefühls für die ganze Gemeinschaft.

Die österreichische Regierung hat in ihrer Agenda 2030 Ziele festgelegt, die eine emanzipierte Gesellschaft in einem souveränen Staat umsetzen kann. „Armut abschaffen“ wird dort als Ziel Nummer Eins formuliert. Die Themen Ernährungssicherheit, Wohlergehen im Alter, hochwertige Bildung, Geschlechtergleichstellung, Verfügbarkeit von Wasser, Zugang zu nachhaltiger Energie folgen. Es geht um eine emanzipierte, gesunde, wache und in Zukunft grundsätzlich finanziell abgesicherte Gesellschaft, deren Individuen sich der Verantwortung für diese Themen bewusst sind.

Komplexe Systeme müssen ablaufen, damit wir sie verstehen, schreiben Komplexitätsforscher*innen. Wir werden auch in Zukunft nie von vornherein ein vollständiges Modell finden, das allem gerecht wird und alles sieht.

Im Moment leben wir in einer Gesellschaft, in der hoch begüterte Personenkreise Geld und Kapital binden lassen und souveräne Staaten ihre Aufgaben vermutlich genau deshalb mit frischem Geld finanzieren, das die hoch begüterten Kreise noch begüterter macht.
Ich nenne das „frische Geld“ bewusst nicht „Schulden“. Der Staat und die sogenannten Steuerzahler*innen schulden niemandem etwas, wenn sie ihre demokratisch legitimierten Aufgaben erledigen wollen. Im Gegenteil. Das von Staaten und damit von den Zentralbanken erzeugte Geld landet als Vermögen auf unseren Konten und erhöht die Geldmenge.

Es wird aber nicht genügen, Steuern gerecht zu verteilen. Eine neue Zivilgesellschaft mit einem Grundeinkommen wird auch das Recht wieder auf seine Seite bringen.

Geld in Form von Steuereinnahmen wird heute in großen Anwaltskanzleien rechtlich codiert, um es vor einer Besteuerung abzuschirmen. „Das soziale Gefüge unserer demokratischen Systeme ist bedroht … weil herkömmliche Formen der Umverteilung durch Steuern weitgehend ihren Biss verloren haben. … In der Vergangenheit wurden Grund, Boden, Unternehmen, Schulden sowie

➔

Fachkenntnisse als Kapital codiert und stellten einen Vermögenswert dar. Heute gibt es komplexe legale Konstrukte aus dem Vertragsrecht, dem Eigentumsrecht, dem Kreditsicherungsrecht, dem Trust- und Gesellschaftsrecht und dem Insolvenzrecht, die als Module Kapital codieren und dadurch ihre Besitzer*innen privilegieren.“ **[4]**

Anwaltskanzleien erschaffen heute in sehr großem Stil über legale Rechtskonstrukte abseits der Zentralbanken und der Öffentlichkeit „Kapital“ und schirmen es darüber hinaus auch noch von jeder Besteuerung ab. Die Menschheit hat die geistige Fähigkeit, für private Personenkreise Unsummen an Geld zu produzieren. Die Menschheit hat auch die Fähigkeit, für die Einhaltung von Menschenrechten, für die Ziele der Agenda 2030 und für die Öffentlichkeit inklusive einem bedingungslosen Grundeinkommen Mittel zu erschaffen.

Daher ist die Frage gesellschaftlich. Wie organisieren wir unseren Staat und unsere Gesellschaft fair, transparent, liebevoll, gütig, konsequent, effizient, gediegen, heiter, gerecht, menschlich? Wie lange wird es dauern, bis die Wunden heilen, und was brauchen Menschen, um aus den massiven Verletzungen aus dem alten Herrschaftssystem herauszukommen? Auf wie viele neue Ideen werden Menschen kommen, wenn sie entschleunigt einer Arbeit nachgehen können und neue Interessen entdecken und mehr Zeit für Beziehung haben? Wie viele Krankenstände werden sich erübrigen? Wie viel Lohnarbeit wird nicht mehr erledigt werden, weil Menschen nur wegen eines sicheren Einkommens zum Beispiel Waffen bauen oder in Unternehmen arbeiten, zu deren Zielen sie innerlich nicht stehen? Unternehmen, denen Sonnenlicht als Desinfektionsmittel schon lange guttäte. Sonnenlicht, durch wache, souveräne Bürger*innen, die Schieflagen und Kriminalität klar ansprechen.

Die Ausschüttung eines Grundeinkommens wird uns fordern. Eine gestärkte Zivilbevölkerung, die ihre Interessen, Bedürfnisse, Sehnsüchte, Wünsche, ihre Arbeit selbst „in die Hand nimmt“, hat sich emanzipiert. Manus - Hand. Sie wird Entscheidungen für sich selbst treffen. Sie wird Arbeit verteilen, nicht weil die Existenz davon abhängt, sondern weil wir es so beschlossen haben.

Das Grundeinkommen selbst hat mit dem gespeicherten Vermögen auf der Welt nichts zu tun. Das Grundeinkommen kann souverän von Staaten finanziert werden, ohne eine Einkommens- und Vermögenssteuer. Das Grundeinkommen halte ich für eine sehr große Bewegung zur Heilung und daraus zum Start einer Gesellschaft, die sich gegenseitig vertraut und herausfordert.

Gigantischen Reichtum halte ich für ein Festhalten an einer Illusion, für die Gold ein Sammelbegriff ist. Das gespeicherte Vermögen übt Macht aus. Auf deren Besitzer*innen und jenen, die es nicht besitzen. Ich halte die Reduktion von monetären Illusionen für essenziell. Ein Grundeinkommen und ein Aufbruch der Zivilgesellschaft werden die Machtverhältnisse verschieben.

[1] vgl. Höfgen, Maurice: Mythos Geldknappheit. 2020. Seite 39

[2] vgl. Greenspan, A.: Committee on the Budget, House of Representatives, March 2, 2005.

[3] vgl. de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung

[4] vgl. Pistor, Katharina: Der Code des Kapitals. 2021. Seite 18

Die psychische Dimension eines BGE

Hindernisse der Einführung und vorhersehbare Auswirkungen. Von Heidrun Ziegler

Dr.in Heidrun Ziegler
Jahrgang 1962, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin, Ärztin für Allgemeinmedizin, Personzentrierte Psychotherapeutin, Ordination in Wien

BEOBACHTUNGEN AUS DER PRAXIS

Wir leben in einem globalen (Wirtschafts-)System, das auf Leistungssteigerung und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Erfolg am Erwerbs-Arbeitsmarkt bedeutet in erster Linie, viel Geld zu verdienen. Das ist mit der höchsten gesellschaftlichen Anerkennung (inklusive der Negativausprägung: Neid) verbunden. Dieses System hat uns auch in unserem Innersten erreicht und wird treffend als Zwang zur Selbst-Optimierung beschrieben.

Die (meist unbewusste) Überzeugung dahinter lautet: Wenn ich mich nur richtig anstrenge, alles sehr gut mache, dann werde ich erfolgreich sein. Im Umkehrschluss bedeutet das: Alle, die nicht erfolgreich sind, haben sich nicht genug bemüht und sind damit auch selber schuld, wenn es ihnen schlecht geht.

Eine weitere wichtige Komponente in diesem System ist der Konkurrenzdruck.

Die (meist unbewusste) Überzeugung dahinter lautet: Es gibt nicht genug für alle. Wenn ich nicht schnell, groß, flexibel, innovativ … genug bin, bekomme ich weniger, nichts oder es wird mir sogar etwas weggenommen.

Folge: Jede/Jeder versucht, so lange wie möglich in diesem System mitzumachen, da davon das würdige (Über-)Leben in unserer Gesellschaft abhängt. Als Belohnung gibt es für die, die es mehrere Jahrzehnte geschafft haben, eine Alterspension, gesellschaftliche Anerkennung und das Gefühl, es richtig und gut gemacht zu haben.

Das Risiko, in diesem auf Wettbewerb und Verdrängung basierenden Wirtschaftssystem (und damit Arbeitsmarkt) nicht mehr mithalten zu können, ist sehr groß. Es reichen ganz übliche Lebensereignisse (Kinder bekommen, Scheidung, Tod eines geliebten Menschen, Pflege eines erkrankten Angehörigen, eigene Erkrankung, …), die zeitweilig oder auf Dauer die Erwerbs-Arbeitsfähigkeit einschränken.

Beispiel: Geburt von Kindern: Wenn nach Ablauf der Karenzzeit keine Großeltern zur Verfügung stehen, die Betreuungsaufgaben übernehmen können, und kein Geld vorhanden ist, um sich eine externe Kinderbetreuung leisten zu können, dann wird ein Elternteil nicht Vollzeit arbeiten können. Kein Arbeitgeber / keine Arbeitgeberin ist so flexibel, sich an Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen oder nach dem Auftreten von Kinderkrankheiten richten zu wollen. 46% der alleinerziehenden Frauen sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (aus: Statistik Austria EU SILC 2020).

Beispiel: Depression ist eine häufige, oft chronische Erkrankung, die zu wochen- bis monatelan-

➔

ger massiver Einschränkung der Arbeitsfähigkeit führt. In Österreich leiden 6,5 % der Erwachsenen und 2,9 % der Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren zu einem bestimmten Zeitpunkt an einer depressiven Erkrankung (aus: Depressionsbericht Österreich vom BMAGSK, Stand April 2019).

Auch wenn man einen Vollzeit-Arbeitsplatz hat und die Arbeit gut macht, ist das keine Garantie, dass es so bleibt.

Beispiel: Pandemie: Im Jahr 2020 waren im Durchschnitt täglich 406.300 Menschen beim AMS als arbeitslos gemeldet (aus: Statistik Austria, Stand Juni 2021).

Österreich als Sozialstaat bietet hier viel an: Krankengeld, Rehabilitationsgeld, Berufsunfähigkeitspension, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung, Pflegegeld, Karenzgeld, Familienbeihilfe, Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss und vieles andere.

Wenn aber nicht innerhalb von ein paar Wochen die Arbeitsfähigkeit wiederhergestellt ist oder ein neuer Arbeitsplatz gefunden worden ist, beginnt eine Spirale von Kontrolle und Begutachtung. Die Kranken müssen beweisen, dass sie an ihrer Gesundung arbeiten (Therapien machen, Befunde vorweisen, Kontrolltermine bei Versicherungen wahrnehmen). Die Arbeitslosen müssen beweisen, dass sie arbeitswillig sind (Bewerbungen schreiben, Schulungen machen, Kontrolltermine einhalten).

Sonst wird die finanzielle Unterstützung gestrichen. Diese ganze Vorgehensweise benötigt einen riesigen personellen Kontroll- und Verwaltungsapparat.

Jeder Kontrolltermin stellt eine große psychische Belastung dar. Jetzt sind die betreffenden Menschen nicht nur krank oder/und arbeitslos, sondern Bittsteller*innen und werden teilweise sehr entwertend und demütigend behandelt.

UND HIER MÖCHTE ICH DEN BLICK ERWEITERN:

Ein System von Macht und Kontrolle (mit viel Bürokratie, denn jeder Mensch will sich absichern und niemand will schuld sein) erzeugt Angst. Je nach Persönlichkeitsstruktur und Position im System führt dies entweder zu Gefühlen von Ohnmacht, Ausgeliefertsein, Resignation und Depression oder zu Wut, Aggression und der Tendenz zur Manipulation. Die verschiedenen Suchtmittel – allen voran Alkohol – haben in diesem „Spiel“ eine wichtige Funktion in der Aufrechterhaltung des Macht-/Ohnmacht-Systems.

Das Gesundheits- und Sozialsystem und damit auch alle darin Beschäftigten (von den Ärzt*innen bis zu den AMS-Berater*innen) bekommen zunehmend die Rolle übertragen, arbeitslose und/oder krankgewordene Menschen für einen unmenschlichen Arbeitsmarkt wieder fit zu machen oder ihnen über jahrelange Behandlung, Verwaltung, Kontrolle und Bevormundung einen mehr oder weniger geduldeten Platz am Rande unserer Gesellschaft zuzuweisen.

Für wen ist das hilfreich? Wem nutzt das?

„Das Schönste, was Eltern ihren Kindern schenken können, ist so viel wie möglich von ihrer Zeit.“

Luise Rinser

DIE IDEE DES BGE IST EIN GESELLSCHAFTS-POLITISCHER PARADIGMENWECHSEL.

Die Idee des BGE hat einen fundamental anderen Ansatz: bedingungslose (also ohne Gegenleistung!) finanzielle Absicherung vom ersten Lebenstag an, um ein würdiges Leben führen zu können. Das wäre die finanzielle Untermauerung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“, die da lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Mit einem BGE lautet die Botschaft der Gesellschaft an jeden Einzelnen: Du bist ein anerkanntes Mitglied unserer Gemeinschaft und sollst einen gesicherten, würdigen Platz darin haben. Für die einzelnen Menschen bedeutet das mehr Freiheit, wie sie ihr Leben gestalten möchten.

Wenn Lebensereignisse, wie eine schwere Erkrankung, Trennung vom Lebenspartner / von der Lebenspartnerin mit Verlust der gemeinsamen Wohnung, Arbeitsplatzverlust, Geburt eines Kindes etc. nicht sofort das Risiko einer finanziellen Existenzbedrohung mit allen möglichen Folgen beinhalten, dann wäre Zeit da, um gesund zu werden, Zeit, um sich neu zu orientieren, Zeit, um Kinder aufzuziehen, Zeit, um Beziehungen zu pflegen und Interessen nachzugehen. Es wäre möglich, mehr entsprechend den eigenen Bedürfnissen zu leben und sich weniger den Kriterien des Arbeitsmarktes unterordnen zu müssen. Das hätte ein enormes Gesundheitspotential für alle.

WARUM SIND TROTZDEM VIELE MENSCHEN SKEPTISCH BIS ABLEHNEND DEM BGE GEGENÜBER?

(Ich möchte hier nicht auf die Ablehnung derjenigen eingehen, die sich als Gewinner*innen unseres Systems erleben.)

Auf psychischer Ebene ist das Thema „Angst“ ganz wesentlich.

In unserer Gesellschaft ist für viele Menschen Angst – im weitesten Sinne Angst, nicht zu überleben - ein Hauptmotivationsgrund, einer Erwerbsarbeit nachzugehen beziehungsweise einen unbefriedigenden Arbeitsplatz zu erhalten. Erst in zweiter Linie (falls überhaupt) hat der Arbeitsplatz etwas mit ihren Interessen, ihren Sehnsüchten und ihrer Begeisterung zu tun. Und das hat seinen Preis.

Angst ist eine sinnvolle Reaktion unseres Organismus. Sie warnt uns vor akuten Gefahren (innerhalb oder außerhalb des Körpers), mobilisiert Kraft, macht wach und klar im Kopf, um schnelle Entscheidungen treffen zu können. Ständige Angst führt zu geistiger, seelischer und körperlicher Erschöpfung, führt zu Resignation und macht krank.

Wir leben in einem Gesellschaftssystem, das mit dem Instrument der Erwerbsarbeit ihre Mitglieder in Abhängigkeit hält. Dadurch wird ein Macht-/Ohnmacht–System bedient. Das ist einerseits mit Angst verbunden, hat aber andererseits auch Vorteile: Es gibt den Mitgliedern das Gefühl von Sicherheit und Halt, zumindest solange sie die Kriterien des Systems erfüllen können.

➔

➔ Ein BGE würde dieses System von Grund auf verändern und den Fokus mehr auf die Selbstwahrnehmung und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen legen. Warum sollte das ein Problem sein?

a) Der Wegfall von Strukturen, auch wenn sie schlecht waren, führt zu Unsicherheit und Angst. Wenn das basale Leben (Wohnraum, Nahrung, Kleidung) finanziell gesichert wäre, würden Fragen auftauchen wie: Will ich wirklich diese Arbeit machen? Will ich so viel arbeiten? Was ist mir wichtig? Wofür will ich mir Zeit nehmen?

b) Das Erkennen, welche Kompromisse man selbst hat eingehen müssen, um in den bisherigen Strukturen ein (gutes) Leben führen zu können, kann schmerzhaft sein: Vielleicht habe ich durch jahrzehntelange körperlich anstrengende Arbeit meinen Bewegungsapparat ruiniert; vielleicht habe ich jetzt zwar eine Eigentumswohnung abbezahlt, aber ich wohne allein darin, weil ich nicht genug Zeit für meine Partnerin / meinen Partner hatte. Vielleicht habe ich immer nur gearbeitet, um mein Überleben zu sichern. Es war keine Zeit und kein Geld für meine Interessen vorhanden. Der äußere mehr oder weniger große Erfolg hat keine innere Entsprechung; Glück und Zufriedenheit sind ausgeblieben.

c) In diesem Erkenntnisprozess tauchen Gefühle von Ohnmacht, Schuld, Scham, tiefer Trauer oder sogar Gefühle von Sinnlosigkeit und der Wunsch zu sterben auf. Wenn das zu schmerzhaft ist, dann kommt es zur psychischen Abwehr dieser Erkenntnisse mit möglichen Symptomen wie Neid, Missgunst, Hass auf Andere(s), Resignation, Zynismus. Hinter diesen Gefühlen stecken immer Kränkungen, enttäuschte Erwartungen und Verletzungen.

WAS BRAUCHEN MENSCHEN, UM AUS DIESEM SELBSTVERLETZENDEN UND DESTRUKTIVEN KREISLAUF HERAUSZUKOMMEN?

Anerkennung dafür, was sie bis jetzt geleistet haben, wie sehr sie sich angestrengt haben;

Mitgefühl dafür, was ihnen im Leben Schmerzhaftes widerfahren ist;

Verständnis für ihre individuellen Lösungen (auch wenn sie ungesund oder destruktiv sind);

eine klare Grundhaltung, dass es gesündere, konstruktivere Lösungen gibt;

ein klares Nein und Konfrontation, wenn es um die Fortführung des bisherigen Verhaltens geht.

Das Konzept eines Bedingungslosen Grundeinkommens stellt grundlegende gesellschaftliche Normen und Zwänge, die sich seit Generationen bis ins Innerste jedes und jeder Einzelnen etabliert haben, in Frage. Verständlicherweise löst das auch Skepsis und Ablehnung aus. Als Psychiaterin und Psychotherapeutin erlebe ich tagtäglich, dass Menschen, die sich in ihrem Erleben ernst genommen und respektvoll behandelt fühlen, offener werden, im positiven Sinn neugierig werden und auch mutig, sich auf neue Erfahrungen einzulassen.

Inspirationen

LINKS UND INFOS

A&W-Blog
awblog.at/grundeinkommen-schlussfolgerungen/
awblog.at/bedingungsloses-grundeinkommen-oder-recht-auf-arbeit/

AEP Nr. 3/2020 ARBEIT MACHT ARBEIT
Appel, Margit: Grundeinkommen?
Eine Krisen-Reflexion
https://aep.at/2020-nr-3-arbeit-macht-arbeit/

Appel, Margit: Interview zum Grundeinkommen
www.youtube.com/watch?v=PmLBTFTNbJE

Archiv Grundeinkommen
(Aktuelle Nachrichten und links)
aktuelles.archiv-grundeinkommen.de/

Attac-Grundeinkommensmodell
www.attac.at/fileadmin/user_upload/aktivistInnen/grundeinkommen/allgemein/BGE_Positionspapier.pdf

ArGe BGE OÖ („Das Grundeinkommen")
www.das-grundeinkommen.org
Facebook: www.facebook.com/groups/grundeinkommen.ooe/
YouTube: www.youtube.com/channel/UC3QYxNVa1Ghybm0gXOqZ7sA

„Freiheit – Würde – Menschenrecht" (Vortrag von Paul Ettl – Ökovernetzung Summit, März 2021)
www.youtube.com/watch?v=V-n3FN5Sack&t=154s

B.I.E.N (Basic Income Earth Network)
basicincome.org/
basicincome.org/news/2020/09/global-map-of-universal-basic-income-networks/
Europäische Bürgerinitiative für Bedingungslose Grundeinkommen
www.ebi-grundeinkommen.at
https://eci-ubi.eu

Eidgenössische Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen"
bedingungslos.ch/

FRIBIS
www.fribis.uni-freiburg.de/
Das Engagement von **Prof Götz W. Werner** im Rahmen der Initiative „Unternimm die Zukunft" wird am **Freiburger Institut zur Erforschung des Grundeinkommens** fortgeführt und weiterentwickelt.

Generation Grundeinkommen
www.fuereinander.jetzt
Interviews mit Helmo Pape:
Bedingungsloses Grundeinkommen umsetzen | Helmo Pape
www.youtube.com/watch?v=3Twbb0rM7B0 ➔

Bedingungsloses Grundeinkommen: So funktioniert's | Helmo Pape | Hinterzimmer #55
www.youtube.com/watch?v=5T8aDFHq5-M
Bedingungsloses Grundeinkommen | Helmo Pape | Hinterzimmer #051
www.youtube.com/watch?v=IMNYtxV1fCI

Grundeinkommen und Landwirtschaft
www.grundeinkommen.at/basicincome/index.php/2-home/199-grundeinkommen-und-landwirtschaft

Internationale Woche des Grundeinkommens
www.woche-des-grundeinkommens.eu/
Findet jährlich statt. Für die 14. Auflage 2021 gilt in der EU das Motto „Eine Million für das Bedingungslose Grundeinkommen" bzw. weltweit „Basic Income: Forward to a better world!".

Institut für zeitgemäße Arbeit
www.zeitgemaesse-arbeit.org

Institut für Menschenrechte, Gesundheit und Entwicklung
www.grundgesetz-verwirklichen.de/

Initiative Zivilgesellschaft
www.initiative-zivilgesellschaft.at
www.initiative-zivilgesellschaft.at/initiative-neue-geldordnung-papers/

Institute for Multi-Level Governance and Development,Wirtschaftsuniversität Wien
www.guteslebenfueralle.org/de/

Institut für Freizeit und Tourismusforschung
www.freizeitforschung.at/

Linzer Modell für ein Grundeinkommen - Informationsvideos:
Dr. Dreer, Elisabeth (JKU)
www.youtube.com/watch?v=1mlKdHFVkRM
Ettl, Paul
www.youtube.com/watch?v=qn6FKS1Hq9o

Netzwerk Grundeinkommen
www.grundeinkommen.at

Partei BGE
partei-bge.eu/

Pilotprojekt Grundeinkommen
www.pilotprojekt-grundeinkommen.de/

Ringvorlesung „Ein Tausender mehr?" (JKU Linz und KU Linz)
www.ringvorlesung.at
www.facebook.com/ringvorlesung2020

Runder Tisch Bedingungsloses Grundeinkommen
www.pro-grundeinkommen.at/

Runder Tisch Grundeinkommen Salzburg
grundeinkommen-salzburg.at/

Sperl, Ernst – Grundeinkommenmodell
Grundeinkommen zur Arbeitsmarktsteuerung
sperl.riedau.info/bgeSperl2017.htm
Grundeinkommen als Corona-Soforthilfe
sperl.riedau.info/bgeSperl2020.htm

Volksbegehren: Es läuft noch bis Frühjahr 2022
www.volksbegehren-grundeinkommen.at
www.facebook.com/groups/volksbegehren.grundeinkommen/

LESETIPPS

Das halbe Grundeinkommen: Der erste Schritt zu einer gerechteren Arbeitsgesellschaft. Georg Grund-Groiss und Philipp Hacker-Walton, 2021, Braumüller Verlag

Einkommen für alle: Bedingungsloses Grundeinkommen - die Zeit ist reif Götz W. Werner; 2018, Verlag Kiepenheuer & Witsch

Grundeinkommen für ALLE? Auch für mich? Überlegungen zum Grundeinkommen Teil 1 Paul Ettl, 2020, Verlag BoD

Grundeinkommen4Klimarettung Überlegungen zum Grundeinnkommen Teil 2 Guido Rüthemann, 2020, Verlag BoD

Im Gunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit. Rutger Bregman, 2020, Rowohlt Verlag

Kritik der linken Kritik am Grundeinkommen Karl Reitter, 2021, Verlag Mandelbaum

Sinnvoll tätig sein. Wirkungen eines Grundeinkommens Nikolaus Dimmel / Karl Immervoll / Franz Schandl, 2021, ÖGB Verlag

Utopien für Realisten. Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen. Rutger Bregman; 2017, Rowohlt Verlag

Vom Wert des Menschen. Warum wir ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen. Barbara Prainsack, 2020, Verlag Brandstätter

Was fehlt, wenn alles da ist? Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt. Daniel Häni, Philip Kovce; 2015, Verlag Orell Füssli

FILMTIPPS

Free Lunch Society – Komm Komm Grundeinkommen
Dokumentation von Christian Tod. AT, DE, 2016
Trailer: www.film.at/free-lunch-society

Grundeinkommen. Ein Kulturimpuls.
Ein Filmessay von Daniel Häni und Enno Schmidt (100min), CH, 2008
www.youtube.com/watch?v=ExRs75isitw

„Warum ist Dir ein Grundeinkommen oder eine Grundsicherung wichtig?“

MODELL VON ATTAC

von Ulli und Klaus Sambor

Uns ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen wichtig, weil dadurch Veränderungen bewirkt werden, die ein sinnvolles und erfüllendes Leben – in Sicherheit UND Freiheit – und Zeit für Ideen und Engagement ermöglichen. Das BGE soll über der Armutsgefährdungsschwelle liegen, und auch das Brutto-Berufseinkommen soll voll erhalten bleiben, bzw. soll gerechterweise durch progressive Steuern und andere Steuern zusätzlich mehr Ausgleich zwischen Reich und Arm stattfinden.

DAS LINZER MODELL

von Paul Ettl

*Ich sehe ein Grundeinkommen als Menschenrecht und als das Ende von Lohnsklaverei. JEDER Mensch hat ein Recht auf Würde und ein gutes Leben. Denn „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.“ (Jean-Jacques Rousseau) Das Grundeinkommen ermöglicht es, NEIN sagen zu können. Mit einem Grundeinkommen wird der Sozialstaat nicht aufgehoben, sondern weiterentwickelt. Natürlich bedarf eine so große Veränderung unseres Systems noch vieler Überlegungen. Und um noch Albert Camus zu zitieren: „Wer etwas nicht will, sucht Gründe. Wer etwas will, sucht Wege.“ Diese Wege zu suchen und zu begehen, sind wir unseren Kindern und Enkel*innen schuldig.*

MODELL GENERATION GRUNDEINKOMMEN

Helmo Pape – warum das Modell Generation Grundeinkommen unser Favorit ist:

Ein BGE ist der Grundsicherung überlegen, da es nicht verloren geht, sobald Einkommen erzielt wird.

*Um das Gerechtigkeitsempfinden nicht zu verletzen, darf die Steuerquelle des BGE nicht die Erwerbsarbeit sein, da sich sonst Leistungsträger*innen und Leistungsempfänger*innen herausbilden. Unser Vorschlag ist die Besteuerung des Verbrauchs bei gleichzeitiger Abschaffung aller Abgaben auf Arbeit, denn das BGE erreicht alle, und über den Konsum finanzieren es alle im Ausmaß ihres Ressourcenverbrauchs. Eine ideale Verbindung der sozialen und der ökologischen Lösung.*

NETZWERK GRUNDEINKOMMEN

von Margit Appel

*Mir ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen wichtig, weil ich es für einen großen Emanzipationsschritt halte. Es geht um Armutsbekämpfung, es geht um Fragen der Zukunft der Arbeit. Aber vielmehr geht es um eine emanzipatorische Perspektive! In Anlehnung an die BGE-Pionier*innen Lieselotte Wohlgenannt und Herwig Büchele formuliert: Die Sicherung durch ein Grundeinkommen, begründet mit der Anerkennung der Würde des Menschen und seiner Freiheit, ist keine Stabilisierung des Bestehenden, sondern eine Befreiung von Angst und Sorge und damit von falschem Gehorsam.*

GRÜNE GRUNDSICHERUNG

von Markus Koza

Die Grüne Grundsicherung schließt Lücken im sozialen Netz, die besonders in der Corona-Krise offen zu Tage getreten sind. Die Grundsicherung ergänzt dabei soziale Leistungen, ohne sie zu ersetzen, macht diese aber armutsfest und schafft eine soziale Absicherung auch für all diejenigen, die derzeit durch die sozialen Netze fallen.
Die Grüne Grundsicherung hilft in allen Lebenslagen und schafft soziale Absicherung in Zeiten, wo Erwerbstätigkeit nicht möglich ist – z.B. wegen eines Burn-Outs, einer familiären Notlage, aufgrund einer Erkrankung. Die Grüne Grundsicherung ermöglicht aber auch befristete Auszeiten vom Beruf – ein Sabbatical, eine Pflege- oder Betreuungskarenz – und garantiert auch in dieser Zeit eine finanzielle Mindestsicherung.

Die Grüne Grundsicherung schafft allerdings auch Chancen und Perspektiven und sichert soziale Rechte, indem sie in allen Lebens- und Notlagen rasche und sichere Hilfe und auch Angebote für Unterstützung, Beratung und Betreuung beinhaltet – damit sich Armut nicht verfestigt, sondern Wege aus der Armut beschritten werden können.

Plakat Modellvergleich

Das Plakat „Modellvergleich“ stellt die verschiedenen Modelle übersichtlich gegenüber.

AUGE UG
Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen OÖ

Ein Grundeinkommen, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Form von Grundsicherung stellen Wege hin zu einer gerechteren und schöneren Welt dar.

Martin Gstöttner